

GI Leitsätze

Freiberufliche oder gewerbliche Einkünfte? / Tätigkeit als Insolvenzverwalter

Die Tätigkeit als Insolvenzverwalter gehört nur dann zu den freiberuflichen Einkünften eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters, wenn sie isoliert die Voraussetzungen erfüllt, die an eine sonstige selbständige Tätigkeit gestellt werden.

(BFH-Urt.v. 11.8.1994 – IV R 126/91 – StBg 1995, 36
Lexinform 019854 – Steuer-Telex 4515)

Einsicht in Geschäftsbücher / Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers

Ist der Schuldner verurteilt, einem Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchsachverständigen Einsicht in die Geschäftsbücher zu gewähren, so muß er grundsätzlich auch dulden, daß der Wirtschaftsprüfer oder Buchsachverständige Mitarbeiter als Hilfspersonen hinzuzieht.

(OLG Düsseldorf, Beschl.v. 11.10.1994
– 17 W 63/94 – Stbg 1995, 217)

Praxisveräußerung / Weitere Mitarbeit / Besteuerung der Veräußerung

Berät der Veräußerer einer freiberuflichen Praxis nach der Veräußerung frühere Mitarbeiter auf Rechnung und im Namen des Erwerbers, so steht das der Anwendung der §§ 18 Abs. 3, 34 EStG auf den Veräußerungsvorgang nicht entgegen. Entscheidend ist, daß der Veräußerer die wesentlichen wirtschaftlichen Grundlagen der Praxis einschließlich des Mandantenstamms zivilrechtlich und wirtschaftlich auf den Erwerber überträgt.

(BFH-Urt.v. 18.5.1994 – I R 109/93 – StBg 1995, 36
Lexinform 0103850 – Steuer-Telex 4514)

Steuerhinterziehung / Vorsatz / Körperschaftsteuer

Die innere Tatseite der Steuerhinterziehung setzt voraus, daß der Täter den angegriffenen Steueranspruch dem Grunde und der Höhe nach kennt. Zumindest muß er die Höhe des verkürzten Anspruchs für möglich halten. Dies erfordert aber nicht, daß dem Täter die Grundsätze des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens gem. §§ 27 ff. KStG und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Höhe der Körperschaftsteuer und damit auf die jeweiligen Steuerhinterziehungsbeträge bekannt sind.

(BGH, Urt.v. 9.2.1995 – 5 StR 722/94
– Wistra 1995, 191)

Freiberufliche oder gewerbliche Einkünfte / Abfärbe-, Infektions-theorie

Übt der Inhaber einer Steuerberaterpraxis neben seiner freiberuflichen auch eine gewerbliche Tätigkeit aus, und ist an seiner Praxis ein Steuerberater atypisch still beteiligt, so sind gem. § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG 1986 sämtliche Einkünfte der Mitunternehmerschaft gewerblich.

(BFH-Urt.v. 10.8.1994 – I R 133/93 –
Lexinform 0126038 – Steuer-Telex 5012)

Neue BGH-Rechtsprechung

- Verjährungsbeginn
- Bekanntgabe des Steuerbescheids
- Bestandskraft des Steuerbescheids?
- Anmerkung

(BGH, Urt. v. 11. 5. 1995 – IX ZR 140/94)

Leitsatz:

Die Verjährung eines vertraglichen Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, beginnt regelmäßig mit Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids; dessen Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit ist für den Verjährungsbeginn nicht erforderlich.

(Ergänzung zu BGHZ 119, 69 = GI 92, 311 = EWIR 1993, 79 – Gräfe)

Die Sekundärhaftung eines Steuerberaters entfällt nicht allein wegen der Beauftragung eines weiteren steuerlichen Beraters.

Tatbestand:

Die Kläger verlangen vom beklagten Steuerberater Ersatz eines Schadens, der ihren Eltern aus dem Scheitern einer Umsatzsteueroption anlässlich des Erwerbs eines Hauses im Bauherrenmodell entstanden sein soll.

Im Dezember 1981 beteiligten sich die Eltern der Kläger an einer Bauherrengemeinschaft. Dabei schlossen sie mit dem Beklagten, der „steuerlicher Berater“ des Vorhabens war, einen „Steuerberatungsvertrag“; darin wurde der Beklagte beauftragt, die Bauherren „bei der Durchsetzung (der) mit der Baumaßnahme zusammenhängenden steuerlichen Ziel zu vertreten und zu unterstützen“.

Auf Rat des Beklagten vermieteten die Eltern der Kläger im Juni 1983 ihr Haus an die **A. Vermietungs- und Vermittlungsgesellschaft mbH**

(fortan: A.) als gewerbliche Zwischenmieterin und -vermieterin, damit ihnen – nach Verzicht auf die Steuerfreiheit der Mietumsätze – die Vorsteuer auf Bau- und Nebenkosten erstattet wurde. Damals war der Vater der Kläger Alleingesellschafter und -geschäftsführer der im Jahre 1980 gegründeten A., die das Haus der Eltern weitervermietete. Das zu diesem Zeitpunkt zuständige Finanzamt erkannte den Vorsteuerabzug unter Vorbehalt der Nachprüfung an und erstattete Vorsteuern von 2.069 DM für 1981, von 13.755 DM für 1982 und von 22.326 DM für 1983.

Nach einem Wohnsitzwechsel der Eltern der Kläger versagte das nunmehr zuständige Finanzamt mit Bescheiden vom 24.11. und 14.12.1987 den Vorsteuerabzug, weil es die **Zwischenvermietung wegen der Beteiligung des Vaters der Kläger an der A. als Gestaltungsmißbrauch** gemäß § 42 AO wertete. Die Einsprüche des Beklagten vom 22.12.1987 wies das Finanzamt mit Bescheid vom 14.7.1989 zurück; dieser wurde der Steuerbevollmächtigten I. zugesandt, die inzwischen von den Eltern der Kläger beauftragt worden war. Deren Anfechtungsklage wurde durch Urteil vom 19.11.1990 abgewiesen.

Auf den am 8.12.1992 bei Gericht eingegangenen Antrag wurde dem Beklagten am 22.1.1993 ein Mahnbescheid über 45.224,58 DM nebst Zinsen zugestellt; damit wurde Ersatz der entgangenen Vorsteuerbeträge für 1981 bis 1983, der vom Finanzamt festgesetzten Aussetzungszinsen von 3.600 DM und der Kosten des Finanzgerichtsverfahrens gefordert. Der im Juni 1993 verstorbene Vater der Kläger wurde von deren Mutter beerbt; diese ist im September 1994 verstorben und wurde von den Klägern beerbt. Das Landgericht hat der Klage stattgegeben, das Oberlandesgericht hat sie wegen Verjährung abgewiesen. Mit der – zugelassenen – Revision begehren die Kläger, das Urteil des Landgerichts wiederherzustellen.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache.

I.

Das Berufungsgericht hat dahingestellt sein lassen, ob der Beklagte durch eine schuldhafte Pflichtverletzung den geltend gemachten Schaden verursacht hat, weil ein Ersatzanspruch gemäß § 68 StBerG verjährt sei. Dazu hat es ausgeführt:

Ein Schaden aus einem Beratungsfehler des Beklagten sei entstanden, als die Umsatzsteuerbescheide vom 24. 11. und 14. 12. 1987 am 22. 12. 1987 zugegangen seien, so daß Verjährung am 22. 12. 1990 eingetreten sei. Die Verjährungsfrist habe nicht erst mit dem Abschluß des Finanzgerichtsverfahrens zu laufen begonnen. Eine Sekundärhaftung des Beklagten entfalle, weil die Eltern der Kläger bereits während des Einspruchsverfahrens im Jahre 1989 durch die Steuerbevollmächtigte I. beraten und vertreten worden seien.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht in allen Punkten stand.

1. Vergeblich wendet sich die Revision gegen die Ansicht des Berufungsgerichts, die Verjährung habe nicht erst mit Rechtskraft des Urteils des Finanzgerichts von November 1990 begonnen.

a) **Im Einklang mit der inzwischen festen Rechtsprechung des Senats** (BGHZ 119, 69 = GI 92, 311 = EWIR 1993, 79 [Gräfe]; BGH, Ur. v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93, WM 1994, 1848 m.w.N. = GI 94, 259, zustimmend Welf Müller LM StBerG § 68 Nr. 53) **ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß die Verjährung eines Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, in der Regel frühestens beginnt, sobald diesem der belastende Steuerbescheid gemäß §§ 122 Abs. 1, 155 Abs. 1 Satz 2 AO bekanntgegeben wird;** erst dann ist grundsätzlich ein Schaden infolge eines Beratungsfehlers und damit ein Ersatzanspruch des Mandanten entstanden (§ 198 BGB), so daß die Verjährungsfrist des § 68 StBerG in Lauf gesetzt wird. Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung wird der Klageanspruch nicht auf die Empfehlung einer von vornherein nachteiligen Vermögensanlage

gestützt, die einen Schaden und damit einen Verjährungsbeginn schon mit der rechtlichen Bindung an das Beteiligungsobjekt auslösen kann (BGH, Ur. v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93, a.a.O. 1849 m.w.N.). Vielmehr wird die Klageforderung mit einem fehlerhaften Rat in einer Steuersache begründet. Dem Beklagten wird vorgeworfen, er hätte den Eltern der Kläger nicht empfehlen dürfen, die A. als gewerbliche Zwischenmieterin einzuschalten, weil dies wegen der Beteiligung des Vaters der Kläger an der A. als Gestaltungsmaßbrauch gemäß § 42 AO habe bewertet werden können. Das Vorbringen der Kläger, sie hätten bei ordnungsmäßiger Beratung einen anderen Zwischenmieter gewählt und, falls ein solcher nicht zur Verfügung gestanden hätte, sich an dem Objekt nicht beteiligt, bezieht sich auf den Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden, nicht aber auf die Art des Beratungsfehlers.

b) **Der Senat hat bisher offengelassen, ob Schadenentstehung und Verjährungsbeginn im Sinne des § 68 StBerG erst mit der Bestandskraft des Steuerbescheids (§§ 172 ff, 347 ff AO) anzunehmen sind** (BGHZ 119, 69, 74 = GI 92, 311 = EWIR 1993, 79 [Gräfe]; BGH, Ur. v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92, WM 1993, 703, 704; v. 29. 4. 1993 – IX ZR 101/92, WM 1993, 1508, 1510 = GI 93, 187). Diese Frage ist im vorliegenden Falle entscheidungserheblich. Die ursprüngliche, unter Vorbehalt der Nachprüfung gewährte Steuervergünstigung durfte aufgehoben werden und war deswegen nicht bestandskräftig (§§ 164, 172 AO). Die Änderungsbescheide sind mit Rechtskraft des Urteils des Finanzgerichts von November 1990 unanfechtbar geworden (§§ 347 ff AO, 110 Abs. 1 FGO). Wäre erst zu diesem Zeitpunkt die Verjährungsfrist in Lauf gesetzt worden, so hätte die Klageerhebung die Verjährung unterbrochen (§ 209 Abs. 1, 2 Nr. 1 BGB).

Der Senat stimmt der Ansicht des Berufungsgerichts zu, daß die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs gemäß § 68 StBerG nicht erst mit der Unanfechtbarkeit der Bescheide begonnen hat. **Auf den Eintritt der Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit eines Steuerbescheids ist in der Rechtsprechung und im**

Schrifttum nur in dem Sinne abgestellt worden, daß die Verjährungsfrist des § 68 StBerG spätestens zu diesem Zeitpunkt zu laufen beginne (BGHZ 114, 150, 152 ff = GI 91, 171; OLG Schleswig-Holstein DStR 1984, 665, 666; OLG Celle VersR 1991, 784; LG Kassel StB 1985, 224; Mutze StB 1977, 149, 151; Grosselanghorst/Kahler StB 1985, 321, 322 f; wohl auch Wolf NJW 1994, 563, 564). **Bei der gebotenen wertenden Betrachtung tritt der Schaden, der – aufgrund einer schuldhaften Pflichtverletzung des Steuerberaters – den Ersatzanspruch des Auftraggebers und damit den Verjährungsbeginn gemäß § 68 StBerG auslöst, jedoch nicht erst dann ein, wenn der belastende Steuerbescheid gemäß §§ 172 bis 177 AO bestandskräftig oder unanfechtbar wird, weil kein Rechtsbehelf gemäß §§ 347 ff AO eingelegt oder nach einem erfolglosen Vorverfahren nicht oder vergeblich Klage gemäß §§ 40 ff FGO erhoben wird.**

Die Vermögenslage des Mandanten verschlechtert sich infolge der Fehlberatung gegenüber seinem früheren Vermögensstand, indem die Finanzbehörde mit dem Erlaß des Steuerbescheids **ihren hauptsächlichen Entscheidungsprozeß zu Ungunsten des Steuerpflichtigen abschließt, den öffentlich-rechtlichen Steueranspruch konkretisiert** (§§ 37 Abs. 1, 38, 155 Abs. 1 AO) und – gemäß § 218 Abs. 1 AO – die Grundlage für die Verwirklichung dieses Anspruchs schafft (vgl. BGH, Ur. v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93, a.a.O. 1849 f; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdnr. 877, 905, 906; Prütting WM 1978, 130, 132; Prütting/Bern StVj 1992, 224, 230; Stoecker, Die Verjährungsproblematik der vertraglichen Haftung des Rechtsanwaltes und des Steuerberaters 1992 S. 72). Daran ändert nichts, daß ein solcher Steuerbescheid noch geändert oder aufgehoben werden kann; dies kann auch noch nach Eintritt der Bestandskraft gemäß §§ 172 ff AO und der Unanfechtbarkeit nach § 110 Abs. 2 FGO geschehen. **Ein Schaden ist auch dann entstanden, wenn noch nicht feststeht, ob er bestehenbleibt und damit endgültig wird** (BGHZ 119, 69, 71 m.w.N.). Der bekanntgegebene Steuerbescheid gibt dem Mandanten in der Regel Anlaß zur Prüfung, ob der Steuer-

nachteil auf einem Beratungsfehler seines Steuerberaters beruht. Von diesem Zeitpunkt an ist dem Auftraggeber zuzumuten, einen Ersatzanspruch gegen den Steuerberater im Wege der Klage geltend zu machen (vgl. BGH, Ur. v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92, NJW 1993, 1137, 1138 f = GI 93, 187; v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93, a.a.O. 1850). Ein Hinausschieben des Verjährungsbeginns auf den Eintritt der Bestandskraft oder der Unanfechtbarkeit des Steuerbescheids wäre mit dem Sinn und Zweck des § 68 StBerG (vgl. dazu – in Anlehnung an die für die Anwaltschaft geltende Verjährungsvorschrift des § 51 BRAO a. F. = § 51 b BRAO n. F. – BGHZ 83, 17, 22, 26 = GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe), die steuerlichen Berater davor zu schützen, durch die Folgen berufstypischer Risiken in unübersehbarer Weise auf lange Zeit wirtschaftlich bedroht zu werden, unvereinbar (vgl. Spiess DStR 1993, 35, 36; Späth DStR 1993, 624, 626 und VersR 1994, 790, 791 f).

c) Dieses Ergebnis steht nicht im Widerspruch zum Senatsurteil vom 9. 7. 1992 (IX ZR 50/91, NJW 1992, 2828, 2829); danach ist ein **Schaden eines fehlerhaften Prozeßverhaltens eines Rechtsanwalts regelmäßig nicht schon mit einer nachteiligen gerichtlichen Entscheidung entstanden**, solange nicht auszuschließen ist, daß diese in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten geändert wird. Daraus kann nicht – mit Späth (DStR 1993, 624, 626) – gefolgert werden, ein Verjährungsbeginn gemäß § 68 StBerG hänge von der Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit des Steuerbescheids ab. **Diese Entscheidung könnte allenfalls auf ein Fehlverhalten eines Steuerberaters oder -bevollmächtigten als Vertreter des Mandanten in einem Finanzgerichtsverfahren (§ 62 FGO) übertragen werden** (vgl. Schultz VersR 1994, 142, 148).

2. Mit Erfolg beanstandet die Revision jedoch, daß das Berufungsgericht einen **Sekundäranspruch** verneint hat, der den Steuerberater gemäß § 249 BGB verpflichtet, seinen Auftraggeber so zu stellen, als wäre die (Primär-) Verjährung des Regreßanspruchs nach § 68 StBerG nicht eingetreten (vgl. BGHZ 83, 17, 22 ff = GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe; 115, 213,

226 = GI 92, 29; BGH, Urt. v. 7.5.1991 – IX ZR 188/90, WM 1991, 1303, 1305 = GI 91, 223; v. 27.1.1994 – IX ZR 195/93, WM 1994, 503, 504 ff = GI 94, 198; v. 8.12.1994 – IX ZR 254/93, z.V.b.).

a) Die **Primärverjährungsfrist** lief nach tatrichterlicher Feststellung **seit Bekanntgabe der Steuerbescheide spätestens am 22.12.1987**. Der Beklagte hatte **begründeten Anlaß, seinen Mandanten auf die Möglichkeit einer eigenen Regreßhaftung und die dafür maßgebliche Verjährungsregelung hinzuweisen** (vgl. dazu BGHZ 83, 17, 24 = GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe; 114, 150, 159 = GI 91, 171), **als er nach Verjährungsbeginn für seine Auftraggeber Einspruch gegen die Bescheide einlegte**; zu diesem Zeitpunkt bestand das Mandat nach den tatrichterlichen Feststellungen fort. Den geschuldeten Hinweis hat der Beklagte unstreitig nicht erteilt. Es ist davon auszugehen, daß dies auf einem **Verschulden** beruht (§ 276 BGB), **weil der Beklagte entweder sein eigenes Verhalten trotz begründeten Anlasses nicht überprüft oder bei einer solchen Prüfung seinen Fehler übersehen hat, obwohl ihn ein sorgfältiger Steuerberater erkennen konnte und mußte, oder weil er zwar eine Haftpflicht erkannt, aber dennoch den gebotenen Hinweis unterlassen hat** (vgl. BGHZ 94, 380, 386 = GI 32/85; BGH, Urt. v. 3.11.1988 – IX ZR 203/87, WM 1988, 1856, 1858). **Der Steuerberater muß darlegen und beweisen, daß ihn an der objektiven Verletzung seiner sekundären Hinweispflicht kein Verschulden trifft** (vgl. BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326, 327; v. 8.12.1994 – IX ZR 254/93, z.V.b.).

b) Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts ist eine Sekundärhaftung des Beklagten nicht allein deswegen entfallen, weil dessen Auftraggeber im Jahre 1989 – also vor Vollendung der Primärverjährung Ende des Jahres 1990 – die Steuerbevollmächtigte I. eingeschaltet haben.

Im Rahmen der Sekundärhaftung eines Steuerberaters, die derjenigen des Rechtsanwalts nachgebildet ist (BGHZ 114, 150, 157 f), **besteht eine Pflicht, den Mandanten auf die eigene Regreßpflicht und deren Verjährung hinzu-**

weisen, nicht mehr, sobald dieser rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Haftungsfrage anwaltlich beraten wird oder auf anderem Wege von dem Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung Kenntnis erhält (vgl. BGH, Urt. v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, NJW 1992, 836, 837 = GI 92, 71; v. 27.1.1994 – IX ZR 195/93, NJW 1994, 1405, 1407 = GI 94, 198; v. 8.12.1994 – IX ZR 254/93, z.V.b.). In einem solchen Falle bedarf der Auftraggeber keiner weiteren Belehrung durch den haftpflichtigen Steuerberater; der Schaden in Gestalt der Primärverjährung ist dann nicht durch eine schuldhaft Verletzung der sekundären Hinweispflicht des Steuerberaters verursacht (vgl. BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, a.a.O.; v. 21.1.1988 – IX ZR 65/87, WM 1988, 629, 631 = GI 88, 226). **Allerdings muß feststehen, daß der Mandant über einen möglichen Regreßanspruch und dessen Verjährung rechtzeitig unterrichtet wurde**; die Hinweispflicht des Steuerberaters entfällt nicht schon dann, wenn dieser von einer solchen Aufklärung ausgeht, dies aber nicht sicher weiß (vgl. BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, a.a.O.). **Der geschädigte Auftraggeber muß die anspruchsbegründete Voraussetzung des Ursachenzusammenhangs zwischen seinem Schaden in Gestalt der Primärverjährung und der Pflichtverletzung seines steuerlichen Beraters beweisen** (vgl. BGHZ 123, 311 = NJW 1993, 3259; BGHZ 126, 217 = WM 1994, 2113 = GI 94, 3). Die damit verbundene Darlegungs- und Beweislast wird erleichtert durch § 287 ZPO (vgl. dazu BGH, Urt. v. 5.11.1992 – IX ZR 12/92, WM 1993, 382 m.w.N. = GI 93, 98); außerdem kann insoweit zugunsten des geschädigten Mandanten der Beweis des ersten Anscheins sprechen (vgl. BGHZ 123, 311, 314 ff = GI 94, 3; 126, 217, 222; BGH, Urt. v. 27.5.1993 – IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516 = GI 94, 29).

Die Revision rügt mit Recht, daß das Berufungsgericht diesen Ursachenzusammenhang rechtsfehlerhaft verneint hat. Nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand waren die Eltern der Kläger nicht vor Ablauf der Primärverjährungsfrist in der Haftungsfrage anwaltlich beraten. Das Berufungsgericht hat nicht festgestellt, daß die Eltern der Kläger durch die im Jahre 1989

beauftragte Steuerbevollmächtigte – oder auf anderem Wege – von einem Regreßanspruch gegen den Beklagten und der Verjährung gemäß § 68 StBerG erfahren haben. Die Parteien haben dies bisher nicht behauptet; die Revisionserwiderung vermutet dies mit Rücksicht auf das Schreiben des Beklagten an den Vater der Kläger vom 7.4.1989. Das Berufungsgericht meint vielmehr, die Sekundärhaftung eines Steuerberaters entfalle allein wegen der Beauftragung eines weiteren Beraters (in diesem Sinne auch OLG Frankfurt Stbg 1988, 43, 45; OLG Hamburg DStR 1990, 187, 188; OLG Hamm StB 1993, 264, 265; Kolbeck/Peter/Rawald, StBerG 2. Aufl. § 68 Rdnr. 109; Späth StB 1985, 323, 328). Dies ist jedoch in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Bei einem Anwaltswechsel hat der neue Rechtsanwalt seinen Auftraggeber vor einem Schaden infolge Verjährung eines Regreßanspruchs gegen einen früheren Anwalt zu schützen, weil dies zur primären, umfassenden Vertragspflicht des neuen Anwalts gehört (BGH, *Urt. v. 1.2.1990 – IX ZR 82/89, WM 1990, 815, 818*).

Dieser Grundsatz darf nicht ohne weiteres auf einen Steuerberaterwechsel übertragen werden. **Es gehört nämlich grundsätzlich nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters, auf mögliche Schadenersatzansprüche gegen seinen Vorgänger hinzuweisen** (BGH, *Urt. v. 7.5.1991 – IX ZR 188/90, DStZ 1991, 632, 634 = WM 1991, 1303 = GI 92, 223; OLG Düsseldorf StB 1985, 14, 31*). **Die Vertragspflichten eines Steuerberaters beschränken sich in der Regel auf das Steuerrecht (§§ 1–3, 33 StBerG), eine Besorgung anderer Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung ist ihm grundsätzlich untersagt (Art. 1 § 1, 4 Abs. 3 RBerG).** In diesem Bereich richten sich die Aufgaben eines Steuerberaters nach Inhalt und Umfang des Mandats; nur in den dadurch gezogenen Grenzen hat der Steuerberater im Rahmen seiner umfassenden steuerlichen Beratungspflicht auch ungefragt über die bei der Bearbeitung auftauchenden steuerlichen Fragen zu belehren (BGH, *Urt. v. 26.1.1995 – IX ZR 10/94, NJW 1995, 958 = GI 95, 65, z.V.b. in BGHZ*). Deswegen kann – entgegen der Ansicht von Späth (*Die zivilrechtliche Haftung des Steuerbe-*

raters 4. Aufl. Rdnr. 459) – eine Pflicht des neuen Steuerberaters, auf einen möglichen Schadenersatzanspruch gegen seinen Vorgänger und die Verjährung hinzuweisen, nicht aus der sekundären Hinweispflicht des – früheren – haftpflichtigen Steuerberaters abgeleitet werden; ebensowenig darf dieser auf die Erfüllung seiner Pflicht durch den neuen Berater vertrauen, mit der Folge, daß ein Sekundäranspruch mangels eines Verschuldens entfiele.

Andererseits ist nicht ausgeschlossen, daß die Eltern der Kläger durch ihre neue steuerliche Beraterin über einen möglichen Regreßanspruch gegen den Beklagten in einer Weise unterrichtet wurden, die ihnen die rechtzeitige Klageerhebung ermöglicht hätte. In diesem Falle wäre die Primärverjährung nicht durch die schuldhaft Verletzung der sekundären Hinweispflicht des Beklagten herbeigeführt worden, sondern dadurch, daß die Mandanten von der rechtzeitigen Verjährungsunterbrechung abgesehen haben. Insoweit ist also entscheidend, **ob die neue Beraterin ihre Auftraggeber tatsächlich in der vorstehenden Weise aufgeklärt hat oder nicht.** Dies ist nicht von vornherein auszuschließen. Die Steuerbevollmächtigte I. hatte nach dem vorgetragenen Sachverhalt zu prüfen, ob die Änderungsbescheide zu Recht ergangen waren, und diese anzufechten. Dieser Auftrag erstreckte sich auf die Beantwortung der Frage, ob die Versagung des Vorsteuerabzugs – gemäß der finanzamtlichen Begründung – auf der Einschaltung eines ungeeigneten Zwischenmieters beruhte. Da die neue Beraterin den tatsächlichen Hintergrund der Umsatzsteueroption spätestens aus der ihr zugesandten Einspruchsentscheidung vom 14.7.1989 erfahren hat, **liegt es nahe, daß sie erkannt oder zumindest für möglich gehalten hat, daß die Schadenursache auf einen Beratungsfehler des Beklagten zurückzuführen war, und daß sie ihren Mandanten eine entsprechende Mitteilung – möglicherweise unter Hinweis auf die Verjährung gemäß § 68 StBerG – gemacht hat.** Es kann hier dahinstehen, ob die neue Beraterin zu einer solchen Unterrichtung aufgrund des Mandats verpflichtet war. **Zumindest war sie dazu befugt.**

Sie durfte sich für berechtigt halten, zur sachgerechten Erfüllung ihres Auftrags ihre sachkundigen Auftraggeber auf steuerliche Tatsachen hinzuweisen, die sie bei der fachlichen, in unmittelbarer Beziehung zu ihrer Aufgabe stehenden Bearbeitung der Steuersache ermittelt hatte und die einen Regreßanspruch gegen den früheren Steuerberater in derselben Angelegenheit begründen konnten. Eine entsprechende Mitteilung an die Mandanten, die mangels eigener Fachkunde darauf angewiesen waren, wäre noch keine unerlaubte Besorgung einer fremden Rechtsangelegenheit (vgl. *Dumoulin NJW* 1966, 810, 812; *Späth StB* 1985, 323, 328, und in: *Bonner Handbuch der Steuerberatung* 1994 *StBerG* §1 Rdnr. B 35.2, 5, 7). **Allerdings darf der Steuerberater nicht die Rechtsberatung und -verfolgung bezüglich eines zivilrechtlichen Regreßanspruchs seines Auftraggebers gegen einen früheren Berater übernehmen, sondern muß den Auftraggeber insoweit an einen Rechtsanwalt verweisen** (*BGH, Urt. v. 5. 6. 1985 – IVa ZR 55/83, WM* 1985, 1274, 1275 = *GI* 33/85).

c) Sollte die Primärverjährung eines Regreßanspruchs auf einem Pflichtverstoß des Beklagten beruhen, **so hat die Verjährung des Sekundäranspruchs gemäß § 68 StBerG – entgegen der Ansicht der Revisionserweiterung – nicht mit dem Mandatsende begonnen, da in § 68 StBerG eine § 51b Fall 2 BRAO n. F. (= § 51 BRAO a. f.) entsprechende Regelung fehlt, sondern mit dem Eintritt der Primärverjährung** (vgl. *BGHZ* 94, 380, 389 = *GI* 32/85; 114, 150, 158 = *GI* 91, 171; *BGH, Urt. v. 21. 1. 1988 – IX ZR 65/87, WM* 1988, 629, 631 = *GI* 88, 226; v. 7. 5. 1992 – *IX ZR 151/91, NJW-RR* 1992, 1110, 1113 = *GI* 92, 209); diese Verjährungsfrist wurde durch die Klageerhebung unterbrochen.

II.

Das angefochtene Urteil ist nicht im Ergebnis aus einem anderen Grunde richtig (§ 563 ZPO). Der Klageanspruch auf Schadenersatz wegen Schlechterfüllung des Beratungsvertrages ist schlüssig dargelegt; soweit sich der Beklagte rechtserheblich verteidigt, sind tatsächliche Feststellungen erforderlich.

1. Der Beklagte hat seine Vertragspflicht verletzt, die Eltern der Kläger bei der Durchsetzung der Umsatzsteueroption zu unterstützen (vgl. § 4 Nr. 12a, §§ 9, 15, 27 Abs. 5 UStG; *BGH, Urt. v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, WM* 1992, 1738, 1741 = *GI* 92, 311, insoweit nicht abgedruckt in *BGHZ* 119, 69).

Im Rahmen seines Auftrags hat der Steuerberater seinen Mandanten umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten (*BGH, Urt. v. 16. 9. 1993 – IX ZR 30/93, WM* 1994, 602, 603 m.w.N.). Insbesondere muß der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen muß der Steuerberater den sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten (*BGH, Urt. v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92, WM* 1993, 703, 704 = *GI* 93, 187; v. 3. 6. 1993 – *IX ZR 173/92, NJW* 1993, 2799, 2800 = *GI* 93, 303). Er hat den Mandanten in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen wahren und eine Fehlentscheidung vermeiden zu können (*BGH, Urt. v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90, WM* 1992, 238, 239 = *GI* 92, 175).

Der Beklagte hat gegen diese vertraglichen Pflichten verstoßen, indem er den Eltern der Kläger mit der A. eine ungeeignete gewerbliche Zwischenmieterin empfohlen hat, weil schon bei der Zwischenvermietung im Juni 1983 die Gefahr bestanden hat, daß die Einschaltung dieser Gesellschaft, deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer der Vater der Kläger damals war, als Mißbrauch einer rechtlichen Gestaltungsmöglichkeit gemäß § 42 AO gewertet und deswegen der Vorsteuerabzug versagt werden könnte; für den Fall, daß – gemäß der Behauptung des Beklagten – kein anderer Zwischenmieter und -vermieter vorhanden war, hätte der Beklagte die Eltern der Kläger auf diese Gefahr hinweisen müssen, die sich später verwirklicht hat.

Zwar konnte der Beklagte vor der Zwischenvermietung an A. noch nicht den Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 27. 6. 1983 (BB 1983, 1201) berücksichtigen.

Danach besteht Anlaß zur Mißbrauchsprüfung immer dann, wenn der Eigentümer mit der Zwischenvermietung lediglich den Vorsteuerabzug erreichen will und für die Zwischenvermietung wirtschaftliche oder sonst beachtliche Gründe nicht erkennbar sind, insbesondere im allgemeinen dann, wenn der Eigentümer das Vermietungsrisiko – infolge der Erst- und Weitervermietung und in Gesalt des Mietausfalls – weiterhin wirtschaftlich selbst trägt. **Erst nach der Zwischenvermietung an A. sind die Entscheidungen des Bundesfinanzhofs ab 15.12.1983 ergangen, in denen die Einschaltung eines gewerblichen Zwischenmieters und -vermieters gemäß §42 AO als Gestaltungsmißbrauch zur Steuerumgehung gewertet und deswegen der Vorsteuerabzug versagt wurde** (Urt. v. 15.12.1983: BFHE 140, 354, 363, 369, 375; v. 29.11.1984, BStBl II 1985, 269 = BB 1985, 511).

Die Gefahr, daß die vom Beklagten empfohlene Rechtsgestaltung als Mißbrauch gemäß §42 AO gewertet und damit zum Verlust des Steuervorteils führen könnte, hatte sich jedoch schon vor der Zwischenvermietung an die A. für einen steuerlichen Fachmann deutlich abgezeichnet. Diese Gefahr ergab sich daraus, daß der Vater der Kläger als Alleingesellschafter der A. trotz deren Einschaltung als Zwischenmieterin und -vermieterin das Vermietungsrisiko letztlich wirtschaftlich allein trug und als Alleingeschäftsführer dieser Gesellschaft die Mietverhältnisse nach seinem Belieben gestalten konnte. Der Bundesfinanzhof hatte bereits in den Jahren 1972 (BFHE 105, 155 zur Gewährung eines Pensionsanspruchs) und 1979 (BStBl II 1980, 247 zur Rückzahlung von Gesellschaftskapital) – zu §42 AO 1977 und der entsprechenden, vorher geltenden Vorschrift des §6 des Steueranpassungsgesetzes (StAnpG) – ausgeführt, ein Mißbrauch zur Steuerumgehung liege vor, wenn für die konkrete Gestaltung keine wirtschaftlich beachtlichen Gründe angeführt werden könnten. In diesem Sinne konnte eine Zwischenvermietung des Hauses der Eltern der Kläger an die A. gewertet werden, weil ein wirtschaftlich verständiger, außersteuerlicher Grund dafür, daß die Eigentümer ihr Haus nicht unmittelbar den Entmietern überließen, bezweifelt werden

konnte. Im Jahre 1975 hatte das Finanzgericht Baden-Württemberg (EFG 1975, 500) die Zwischenvermietung an eine GmbH, deren Alleingesellschafterin und zur alleinigen Vertretung berechnigte Mitgeschäftsführerin die Tochter des Hauseigentümers war, als Gestaltungsmißbrauch angesehen, weil der Eigentümer nach wie vor das Vermietungsrisiko trage und die Vermietung über die GmbH entscheidend beeinflussen könne. Ebenso hatte das Finanzgericht Münster im Jahre 1975 (EFG 1976, 110) die Zwischenvermietung an eine bürgerlich-rechtliche Gesellschaft von Angehörigen der Hauseigentümer gewertet, weil dies nicht aus wirtschaftlichen oder sonstigen außersteuerlichen Gründen erfolgt sei, sondern ausschließlich im Interesse der Eigentümer, um diesen den Vorsteuerabzug zu ermöglichen. Nach der Verfügung der Oberfinanzdirektion Nürnberg vom 3.6.1975 (BB 1975, 1195) konnte diese Steuervergünstigung u. a. ausgeschlossen sein, wenn zwischen dem Eigentümer/Vermieter und dem Zwischenmieter ein Organschaftsverhältnis, ein organschaftsähnliches Verhältnis oder Unternehmer-einheit bestand.

Dementsprechend kam – nach eigenem Vorbringen des Beklagten – auch nach den damaligen Richtlinien der Oberfinanzdirektion Köln, in deren Geschäftsbereich das Bauherrenmodell abgewickelt wurde, ein Gestaltungsmißbrauch zumindest in Betracht, wenn Eigentümer/Vermieter einerseits sowie Gesellschafter der als Zwischenmieterin eingeschalteten Gesellschaft andererseits identisch waren. Auch im Schrifttum waren die Voraussetzungen eines Gestaltungsmißbrauchs im Sinne des §42 AO seit dem Jahre 1979 – unter Darstellung der Rechtsprechung – erörtert worden (z. B. Kühn/Kutter, AO 13. Aufl. – 1979 –; Klein/Orlopp, AO 2. Aufl. – 1979 –; Danzer, Die Steuerumgehung 1981). Unter diesem Gesichtswinkel hatte Fleischmann (BB 1980, 199) die „Vorsteuer-Erstattung beim Bauherrenmodell“ behandelt; nach Darlegung der Standpunkte der Finanzverwaltung und -gerichte war er zu dem Ergebnis gelangt, daß die Erstattung der Vorsteuer nur dann erwartet werden darf, wenn der eingeschaltete Zwischenmieter zum Wohnungseigentümer weder in verwandtschaftlicher

Beziehung noch in finanzieller, wirtschaftlicher oder organisatorischer Abhängigkeit steht und ein fester Mietzins vereinbart wird.

Danach hätte der Beklagte die Eltern der Kläger bei der Durchsetzung der Umsatzsteuroption vertragsgemäß in der Weise unterstützen müssen, daß er ihnen einen geeigneten gewerblichen Zwischenmieter empfahl oder, falls ein solcher nicht vorhanden war, über die Gefährdung des erstrebten Steuervorteils bei Einschaltung der A: aufklärte, um den Mandanten für diesen Fall eine sachgerechte Entschließung zu ermöglichen. Dies hat der Beklagte unstreitig unterlassen.

2. Diese Pflichtverletzung beruht auf Fahrlässigkeit (§ 276 BGB). Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte der Beklagte die Pflichtwidrigkeit seines Verhaltens erkennen und die sich daraus ergebenden Nachteile für seine Auftraggeber verhindern können und müssen.

An seinem Verschulden, das der Beklagte auszuräumen hat (vgl. BGH, *Urt. v. 18. 9. 1986 – IX ZR 204/85 a.a.O.*; v. 8. 12. 1994 – IX ZR 254/93, z.V.b.), ändert nichts, daß bei der finanzbehördlichen Prüfung der Bauherrengemeinschaft 1985/86 die Voraussetzungen der Umsatzsteuroption als grundsätzlich erfüllt angesehen wurden, wobei im Prüfbericht vom 30. 9. 1986 die im Ausnahmefall der Eltern der Kläger gegebene Verflechtung zwischen Eigentümer/Vermieter und Zwischenmieter unerwähnt geblieben ist, und das ursprünglich zuständige Finanzamt den Vorsteuerabzug vorläufig bzw. unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gewährt hat.

3. Die Kläger haben den – vom Tatrichter gemäß § 287 ZPO festzustellenden – Ursachenzusammenhang zwischen der schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten und dem geltend gemachten Schaden schlüssig dargelegt, soweit sie behauptet haben, ihre Eltern hätten bei vertragsgerechter Aufklärung einen anderen, „unverdächtigen“ Zwischenmieter und -vermieter eingeschaltet. Bei Richtigkeit dieses – vom Beklagten bestrittenen – Vorbringens, das von den Klägern zu beweisen ist (vgl. BGHZ 123, 311; 126, 217), wäre der behauptete Schaden

nicht entstanden. Insoweit werden die Kläger während des weiteren Verfahrens noch Gelegenheit haben, ihren Vortrag zu ergänzen und unter Beweis zu stellen. Die Parteien können sich auch noch zu der – im Rechtsstreit bereits angesprochenen – Möglichkeit äußern, ob der Vater der Kläger vor einer Zwischenvermietung an die A. aus dieser Gesellschaft – auch mit Rücksicht auf seinen „Verpflichtungsvertrag“ v. 12.5.1980 u.a. mit dem Beklagten – hätte ausscheiden können und ob gegebenenfalls der Steuernachteil vermieden worden wäre. **Die Kläger sind so zu stellen, wie diese bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten gegenüber deren Eltern stünden (§ 249 BGB; vgl. BGH, *Urt. v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90, WM 1991, 1303, 1305 = GI 91, 223*).**

4. Art und Höhe eines Schadens haben die Kläger schlüssig dargelegt. Soweit dieser vom Beklagten bestritten wurde, sind tatsächliche Feststellungen notwendig (§ 287 ZPO).

Anmerkung (Dr. Gräfe):

1. Die für die amtliche Sammlung bestimmte Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 11.5.1995 – IX ZR 140/94 – behandelte wichtige Problemstellungen aus dem Bereich der Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater gem. § 68 StBerG. Sie scheint die 1979 begonnene „Suche“ nach dem Entstehungszeitpunkt des Schadens und dem Verjährungsbeginn zu beenden (BGH v. 22. 2. 1979 – VII ZR 256/77 – BGHZ 73, 363 = NJW 1979, 1550 = VersR 1979, 419 = BB 1979, 491).

2. Der für Steuerberatersachen zuständige IX. Zivilsenat hatte zu entscheiden, ob die **Schadenentstehung** und damit der **Verjährungsbeginn** i.S. § 68 StBerG erst mit der Bestandskraft des Steuerbescheides, d.h. nach dem Finanzgerichtsurteil v. 19.11.1990 anzunehmen ist. Er hat diese bisher offengelassene Frage verneint: Auf den Eintritt der Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit kommt es nicht an (vgl. BGH ZIP 1991, 589 = BGHZ 114, 150). Der BGH weist zu Recht daraufhin, daß es für die Schadenentstehung auf die **Konkretisierung des Steueranspruchs** ankommt. 1979 sprach der damals zuständige VII. Zivilsenat noch von der „Fühl-

barkeit des Schadens“ und stellte auf den Zeitpunkt der Schlußbesprechung ab. Ihr „ist mit der nötigen Klarheit zu entnehmen, ob und inwieweit sich eine Änderung der Besteuerungsgrundlage ergeben hat, die eine neue Festsetzung der Steuer nach sich ziehen kann“ (BGH v. 22.2.1979 a.a.O. Tz 3c). Der nunmehr zuständige IX. Zivilsenat hat die „Suchfahrt“ nach dem Verjährungsbeginn abgeschlossen. Nachdem er noch in der Entscheidung vom 4.4.1991 (ZIP 1991, 589 = BGHZ 114, 150) auf die Bestandskraft des Steuerbescheides abstellte, hat der nun zum wiederholten Mal „bei wertender Betrachtung“ die Schadenentstehung mit der Bekanntgabe des Steuerbescheides gleichgesetzt (BGHZ 119, 69; Urt. v. 26.5.1994 – IX ZR 57/93 – GI 94, 259 = NJW-RR 1994, 1210).

Eine praktikable Entscheidung. Die Begründung erscheint aber im Hinblick auf die **Außenprüfungsfälle** des Nachdenkens wert: Wenn es auf den Abschluß des Entscheidungsprozesses zu Ungunsten des Mandanten und die Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Steueranspruchs ankommt, so stellte das Aufgreifen des Steuertatbestandes durch den Außenprüfer genügen. Wenn dies gegenüber dem Steuerpflichtigen geschieht, hat dieser Gelegenheit, den Vorgang zu prüfen und kann eine Feststellungsklage gegen den Steuerberater erheben. Zumindest der Moment der Schlußbesprechung konkretisiert hinreichend den Steuer Schaden (Gräfe/Lenzen/Rainer, *Steuerberaterhaftung*, 2. Aufl. Tz 890). Schadenentstehung i.S. §198 BGB ist auch gegeben, wenn noch nicht feststeht, ob ein solcher endgültig eingetreten ist (BGHZ 119, 69 = GI 19, 3).

3. Der IX. Zivilsenat hat beiläufig die Entscheidung v. 9.7.1992 (IX ZR 50/91 – NJW 1992, 2828 = EWIR 1992, 1081, Borgmann) abgegrenzt. Bei **fehlerhaftem Prozeßverhalten** beginnt die Verjährungsfrist nicht mit der Verkündung des schädigenden Urteils, sondern erst mit Rechtskraft des Verfahrens. Dieses Urteil will der IX. Zivilsenat nur auf Prozeßfehler anwenden und nicht auf Beratungsfehler im Veranlagungsverfahren. Die Feststellung hilft dem Berufsstand, der in Anbetracht der Dauer der Finanzgerichtsprozesse andernfalls langjährigen Haftungsrisiken ausgesetzt wäre.

Offen bleibt die **Kritik** an dem Urteil v. 9.7.1992. Die Verkündung des anfechtbaren Prozeßurteil führt ebenso zu einem Schaden, wie ein Steuerbescheid, der angefochten wird. Der Mandant muß unnötige Prozeßkosten an den Anwalt aufwenden und Vollstreckungsversuche abwehren. Es bleibt zu hoffen, daß der Bundesgerichtshof sich bald mit der Kritik an seiner Entscheidung vom 9.7.1992 (a.a.O.) auseinandersetzt. Hier ist Korrekturbedarf gegeben.

4. Wichtig ist auch die Entscheidungsaussage zur **Sekundärhaftung** des Steuerberaters: Wenn der Mandant Kenntnis vom Fehler des Beraters und von der Verjährung i.S. §68 StBerG hat, ist dieser nicht verpflichtet, auf die eigene Regreßpflicht und die Verjährung hinzuweisen. Die Belehrungspflicht entfällt aber nicht bereits dann, wenn lediglich ein neuer Berater für den Mandanten tätig ist. Denn damit ist nichts über dessen Kenntnisstand und Belehrungsbedürftigkeit ausgesagt. Der **neue Steuerberater** darf nicht die Rechtsberatung im Hinblick auf den Regreßanspruch gegen den Vorberater übernehmen (vgl. OLG Hamm GI 10/85; OLG Frankfurt StBG 1986, 301; LG Berlin GI 1994, 251). Er ist aber befugt, auf steuerliche Tatsachen den Mandanten hinzuweisen, die er im unmittelbaren Zusammenhang mit der Steuerbearbeitung ermittelt hat und die u. U. zu einem Regreßanspruch gegen den Vorberater führen. Es muß deshalb im Einzelfall geprüft werden, ob und welche Kenntnisse der neue Berater an den Mandanten weitergegeben hat (vgl. OLG Köln GI 1989, 11).

Grundsätzlich hat der geschädigte Auftraggeber den Ursachenzusammenhang zwischen seinem Schaden in Gestalt der Primärverjährung und der Pflichtverletzung seines Beraters darzulegen und zu beweisen. Es gelten erleichterte Voraussetzungen für dessen **Darlegungs- und Beweislast** gem. §287 ZPO, außerdem kann für ihn der Beweis des ersten Anscheins gelten.

5. Der BGH weist nochmals daraufhin, daß die Verjährung des **Sekundäranspruchs** nicht mit dem Mandatsende **beginnt**, sondern mit dem Eintritt der Primärverjährung. Bei der Schaffung der Verjährungsregelung für den Steuerberater-

regreß hat der Gesetzgeber den Satzteil „spätestens jedoch in drei Jahren nach Beendigung des Auftrags“ gestrichen (*Protokoll Nr. 44 der 44. Sitzung des Finanzausschusses des Bundestages vom 4.11.1971, Seite 44/9 und 10*). Man wollte dem Mandanten im Falle späterer Betriebsprüfungen nicht die Möglichkeit von Ersatzansprüchen nehmen. Die Regresse gegen Rechtsanwälte sind gem. § 51b BRAO (§ 51 BRAO a.F.) beschränkter und knüpfen den Verjährungsbeginn an das Mandatsende an, wenn nicht ein früherer Schadenentstehungszeitpunkt gegeben ist.

Belehrungspflicht

- Nachprüfung?
 - Schriftform?
 - Eindringlichkeit?
 - Beweislast f. unterlassene Belehrung
 - Anmerkung
- (BGH, Urt. v. 11. 5. 1995 – IX ZR 130/94
 – Vorinstanz OLG Hamm, Urt. v. 22. 6. 1994
 – 25 U 72/89 – GI 95, 35)

Leitsatz:

Ohne besonderen Auftrag ist ein Steuerberater, der den Mandanten bei der aus steuerlichen Gründen vorgenommenen Aufteilung seines Betriebs berät, nicht verpflichtet, die ordnungsgemäße Ausführung dieser Maßnahme zu überwachen. Hat er konkrete Anhaltspunkte dafür, daß seine Ratschläge nicht oder nur unvollkommen befolgt worden sind, so muß er auf die sich daraus ergebenden Risiken hinweisen.

Tatbestand:

Der Beklagte betreute den Kläger bis 1986 in steuerlichen Angelegenheiten. Dieser war Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs und befaßte sich neben dem Ackerbau vor allem mit der Schweinemast. Diese erreichte

in den Jahren 1978/79 einen solchen Umfang, daß sie, wie dem Kläger anlässlich einer Betriebsprüfung im Jahre 1981 angedeutet wurde, künftig steuerlich als Gewerbebetrieb – und nicht mehr, wie bis dahin, als Teil der land- und forstwirtschaftlichen Betätigung – eingestuft zu werden drohte. Um die damit verbundenen Nachteile zu vermeiden, beschloß der Kläger in Absprache mit dem Beklagten, den Betrieb durch Verpachtung eines Teils des Ackerlandes an seine Ehefrau so aufzuteilen, daß in den beiden auf diese Weise entstehenden Teilbetrieben das nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG zulässige Verhältnis zwischen dem Umfang der Tierhaltung und der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche eingehalten wurde. Der zu diesem Zweck vom Beklagten entworfene Pachtvertrag wurde am 31.12.1981 abgeschlossen; mit ihm überließ der Kläger seiner Ehefrau landwirtschaftliche Flächen in einer Größe von 1.386,12 ha, einen Vormaststall sowie eine Lüftungs- und eine Fütterungsanlage gegen einen Pachtzins von jährlich 13.500 DM zur Nutzung.

Dadurch wurden die für die Gewerblichkeit der Viehhaltung maßgeblichen Grenzen in beiden Betrieben rechnerisch unterschritten. Das zuständige Finanzamt erkannte die Betriebsaufteilung für die Bemessung der Steuervorauszahlungen vorläufig an, behielt sich jedoch die endgültige Beurteilung vor, bis eine erneute Betriebsprüfung stattgefunden habe. Eine solche wurde für die Jahre 1980 bis 1984 im Jahre 1986 mit dem im Betriebsprüfungsbericht vom 5.12.1986 festgehaltenen Ergebnis durchgeführt, daß die Betriebsteilung nicht anerkannt werden könne, weil es sich bei einem Vergleich mit einer zwischen einander fremden Vertragspartnern üblichen Gestaltungsform hier wirtschaftlich nach wie vor um einen einzigen Betrieb handle. Das Finanzamt erließ daraufhin Änderungsbescheide, die zu einer Erhöhung der Steuerlast führten. Die hiergegen eingelegten Einsprüche des Klägers blieben erfolglos; die gegen die Einspruchsentscheidungen erhobenen Klagen wies das Finanzgericht M. rechtskräftig ab.

Der Kläger hat zunächst Feststellung beantragt, daß der Beklagte ihm seinen durch die Nicht-

anerkennt die Betriebsteilung entstandenen Schaden zu ersetzen habe; in der Berufungsinstanz hat er hilfsweise Zahlung von 233.672,58 DM verlangt. Er hat dem Beklagten vorgeworfen, ihn bei der Durchführung der Betriebsteilung nicht richtig beraten zu haben. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen; das Berufungsgericht hat ihr dem Grunde nach stattgegeben und die Sache zur Entscheidung über die Höhe an das Landgericht zurückverwiesen. Mit der Revision verfolgt der Beklagte seinen Klageabweisungsantrag weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I.

Das Berufungsgericht hat ein nicht als Teilurteil bezeichnetes Grundurteil erlassen, ohne gleichzeitig ausdrücklich über den in erster Linie gestellten Feststellungsantrag zu entscheiden. Das ist unter den hier gegebenen Umständen so zu verstehen, daß das Feststellungsbegehren in den Ausspruch zum Anspruchsgrund einbezogen werden sollte; denn das Berufungsgericht hat weder im Urteilstenor noch in den Entscheidungsgründen zwischen dem Feststellungs- und dem – nur hilfsweise gestellten – Zahlungsantrag unterschieden (vgl. zur Auslegung einer solchen Entscheidung *Senatsurt. v. 9. 6. 1994 – IX ZR 125/93, NJW 1994, 3295 = GI 95, 21, zum Abdruck in BGHZ 126, 217 vorgehen*). Ein solches Verfahren ist unzulässig. Über eine Feststellungsklage darf ein Grundurteil nur dann erlassen werden, wenn mit ihr ein bestimmter Betrag in dem Sinne geltend gemacht wird, daß die Klage auch zu einem Ausspruch über die Höhe des Anspruchs führen soll (*Senatsurt. v. 9. 6. 1994 a.a.O. S. 3296*). Um einen solchen Ausnahmefall handelt es sich hier nicht. Mit dem Feststellungsantrag wird ganz allgemein die angebliche Schadenersatzpflicht des Beklagten geltend gemacht. Das Berufungsgericht hat deshalb über diesen Antrag bisher keine zulässige Entscheidung getroffen. Da es sich um den Hauptantrag handelt, durfte auch über den nur hilfsweise gestellten Zahlungsantrag – noch – nicht entschieden

werden. Das vom Berufungsgericht erlassene Grundurteil ist damit insgesamt unzulässig und muß schon aus diesem Grunde unter Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz aufgehoben werden.

II.

Für die weitere Behandlung der Sache nach Zurückverweisung weist der Senat auf folgendes hin:

1. Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, daß der Beklagte den Kläger nicht nur bei der Ausgestaltung des zum Zweck der Betriebsteilung geschlossenen Pachtvertrages mit dessen Ehefrau, sondern auch hinsichtlich der tatsächlichen Durchführung begleitend zu beraten und auf Fehler, die den steuerlichen Zweck gefährdeten, sowie auf deren Vermeidung oder Beseitigung hinzuweisen hatte. Die diesbezüglichen Ausführungen lassen nicht erkennen, ob sie hinsichtlich der Pflicht zur begleitenden Beratung eine tatsächliche Feststellung enthalten oder lediglich einen rechtlichen Schluß daraus ziehen, daß der Beklagte den Kläger einerseits über die zu der Betriebsteilung erforderlichen Maßnahmen zu beraten hatte und andererseits in der Folgezeit weiterhin allgemein als Steuerberater für ihn tätig war. Sollte letzteres der Fall sein, so wäre diese Beurteilung unzutreffend. **Ein Steuerberater ist, wenn er einen auf bestimmte Aufgaben beschränkten Auftrag erhalten hat, grundsätzlich nicht verpflichtet, Vorgänge, die ihm bei Gelegenheit dieser Tätigkeit bekannt werden, auf steuerliche Auswirkungen hin überprüfen, die zu seiner Aufgabe nicht in unmittelbarer Beziehung stehen** (*Senatsurt. v. 26. 1. 1995 – IX ZR 10/94, GI 95, 65 = WM 1995, 721, 722*). Der Beklagte **war deshalb, wenn er nicht auch hiermit besonders beauftragt war, nicht verpflichtet, fortlaufend zu überprüfen, ob die von ihm zur steuerrechtlich wirksamen Betriebsteilung angeratenen Maßnahmen tatsächlich ergriffen wurden**. Allerdings traf ihn im Rahmen seiner allgemeinen Steuerberater Tätigkeit die vertragliche **Nebenpflicht, den Kläger auf bei der tatsächlichen Durchführung der Betriebsteilung begangene Fehler, von denen er insbesondere anläßlich der**

Jahresabschlußarbeiten erfuhr, hinzuweisen (vgl. *Senatsurt. v. 26.1.1995 a.a.O. S. 723*).

2. Unabhängig davon, wie weit der dem Beklagten tatsächlich erteilte Auftrag reichte, läßt sich eine Haftung des Beklagten nicht so begründen, wie es das Berufungsgericht im angefochtenen Urteil getan hat. Denn es hat die in einem derartigen Fall geltende Beweislastverteilung verkannt und zudem die Anforderungen an die dem Beklagten obliegenden Pflichten selbst für den Fall überspannt, daß dieser mit einer begleitenden Beratung bei der Durchführung der Betriebsteilung beauftragt war.

a) Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts ist die steuerliche Anerkennung der Betriebsteilung im wesentlichen an deren unzulänglicher, nicht den Erfordernissen eines „Fremdvergleichs“ entsprechenden Durchführung gescheitert. Insbesondere fehlte es danach an einer klaren räumlichen Trennung der beiden Betriebe hinsichtlich der Futterbevorratung und der Fütterungsanlagen; der Kläger war weiterhin für den Betrieb seiner Ehefrau tätig; dieser war in seiner Produktion ganz auf den Betrieb des Klägers zugeschnitten und verfügte nicht über die zur selbständigen Bewirtschaftung erforderliche Grundausstattung; die Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Betrieben wurden nicht so abgewickelt, wie es zwischen Fremden üblich ist; die berechneten Preise entsprachen nicht den zwischen Fremden üblichen; die Rechnungen wurden nicht zeitnah ausgestellt, die Forderungen aus gegenseitigen Lieferungen ohne Sicherheiten kreditiert und die Geschäftsvorfälle nicht in der laufenden Buchführung, sondern erst im Rahmen der Abschlußbuchungen erfaßt; in der Eröffnungsbilanz der Ehefrau wurden vom Kläger übernommene Futtermittelvorräte aktiviert, ohne daß dieser darüber eine Rechnung erteilt hatte; am Ende des Wirtschaftsjahres 1983/84 wurde ein zu großer Unterschied zwischen einem Gewinn des Klägers und einem von der Ehefrau erwirtschafteten Verlust dadurch ausgeglichen, daß diese ihrem Ehemann nachträglich Mehrwertsteuer in Rechnung stellte. Alle diese Unzulänglichkeiten hätten, so hat das Berufungsgericht ausgeführt, vermieden wer-

den können, wenn der Beklagte den Kläger nicht nur bei Abschluß des Pachtvertrages Ende 1981, sondern auch in den folgenden Jahren im gebotenen Maße begleitend beraten hätte. Der Beklagte hat dazu in den Vorinstanzen im einzelnen vorgetragen, daß er den Kläger nicht nur vorab über die insoweit von der Finanzverwaltung aufgestellten Voraussetzungen einer Betriebsteilung belehrt, sondern daß auch später seine Angestellte, die Steuerberaterin T., bei den jeweiligen Abschlußarbeiten für die einzelnen Jahre den Kläger auf die Punkte hingewiesen habe, in denen jene Voraussetzungen nicht erfüllt gewesen seien. Das Berufungsgericht hat hierzu Frau T. als Zeugin vernommen, jedoch gemeint, deren Aussage nicht entnehmen zu können, wann, wie oft und auf welche Weise die von ihr bekundeten fortwährenden Hinweise erteilt worden seien.

Eine solche Unaufklärbarkeit des vom Beklagten geleisteten Beratungsumfangs darf sich nicht, wie das Berufungsgericht angenommen hat, zu Lasten des Beklagten auswirken. Wer jemanden, der, wie ein Rechtsanwalt oder Steuerberater, zur umfassenden Belehrung und Aufklärung verpflichtet ist, **wegen Unterlassung dieser Beratung auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, hat eine solche Pflichtverletzung zu beweisen; die Schwierigkeit des damit verbundenen Negativbeweises ist dadurch zu beheben, daß die andere Partei zunächst im einzelnen darzulegen hat, in welcher Weise sie ihre Pflichten erfüllt haben will** (*Senatsurt. v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86, GI 87, 66 = ZIP 1987, 581, 582, v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86, GI 87, 80 = NJW-RR 1987, 869, 871 u.v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1140*). Dieser Darlegungslast hat der Beklagte genügt. Soweit das Berufungsgericht seinen Vortrag lediglich als nicht bewiesen angesehen hat, trägt den Nachteil daraus nicht der Beklagte, sondern der Kläger. Die Ansicht der Revisionserwiderung, die Aussage der Zeugin T. decke sich mit dem diesbezüglichen Vortrag des Beklagten, der sich die Darstellung der Zeugin zu eigen gemacht habe, und deshalb sei mit dem Aussageinhalt auch jener Vortrag unzureichend, ist nicht richtig. Jedenfalls läßt der Berichterstattevermerk über den Inhalt

der Aussage der Zeugin nicht hinreichend erkennen, inwieweit sie mit dem schriftsätzlichen Vorbringen des Beklagten, mit dem sich das Berufungsgericht nicht weiter befaßt hat, übereinstimmt. Auf die Frage, ob, wie die Revision meint, ein Verfahrensfehler darin liegt, daß der Berichterstatteervermerk den Parteien erst zusammen mit dem Berufungsurteil zur Kenntnis gebracht worden ist, ist hier nicht weiter einzugehen.

b) Der Beklagte hat vorgetragen, Frau T. habe den Kläger wiederholt im Rahmen der Abschlußarbeiten auf die steuerschädlichen Unzulänglichkeiten der Betriebsteilung hingewiesen; der Kläger sei darauf aber nicht eingegangen und es habe sich nichts geändert. Das Berufungsgericht hat gemeint, wenn der Kläger gelegentliche mündliche Hinweise nicht ernst genommen habe, habe er notfalls schriftlich belehrt werden müssen, damit ihm die Dringlichkeit der erforderlichen Maßnahmen mit der notwendigen Nachdrücklichkeit und Eindringlichkeit vor Augen geführt wurde. Damit hat das Berufungsgericht zu hohe Anforderungen an die vom Beklagten als Steuerberater zu erfüllende Aufgabe gestellt. Sobald und soweit sich für den Beklagten – oder seine Angestellten – **konkrete Anhaltspunkte dafür ergaben, daß bei der Durchführung der Betriebsteilung vermeidbare steuerschädliche Fehler begangen wurden, mußte er dafür sorgen, daß der Kläger auf die sich daraus ergebenden Risiken hingewiesen wurde und daß ihm Vorschläge unterbreitet wurden, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden konnte** (vgl. auch *Senatsurt. v. 3.12.1982 a.a.O. S. 1140 u. v. 10.12.1992 – IX ZR 54/92, GI 93, 187 = NJW 1993, 1137, 1138*). Das ging aber, wie das Berufungsgericht möglicherweise gemeint hat, **ohne einen ausdrücklichen Auftrag hierzu nicht so weit, daß er regelmäßig Inspektionen nach Art einer Betriebsprüfung vornehmen mußte. Es genügte, wenn er sich im Rahmen der von ihm zu erledigenden Abschlußarbeiten mit der Angelegenheit befaßt und dabei dem Kläger die erforderlichen sachdienlichen Hinweise gab**. Solche Ratschläge brauchten entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts selbst dann **nicht in schriftlicher**

Form gegeben zu werden, wenn sich herausstellte, daß der Kläger sich um die Belehrungen nicht kümmerte, weil ihm die empfohlenen Maßnahmen möglicherweise lästig waren und er selbst sie letztlich für unnötig hielt. Der Steuerberater ist – wie der Rechtsanwalt – zwar zur umfassenden Belehrung und Beratung seines Mandanten verpflichtet. Eine besondere **Nachdrücklichkeit oder Eindringlichkeit der Beratung kann aber nicht gefordert werden, weil es hierfür keinen objektiven Maßstab gibt** und die Bemängelung, der Beklagte habe im Prozeß nicht genügend Tatsachen vorgetragen, aus denen sich eine besonders nachdrückliche und eindringliche Beratung ergebe, letztlich wieder zu einer unzulässigen Beweislastumkehr führt (*Senatsurt. v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86, GI 87, 66 = ZIP 1987, 581, 583*).

2. In der von der Revision in den Vordergrund gestellten Frage der Ursächlichkeit der angeblich mangelhaften Beratung für die eingetretenen Steuernachteile wird der Beklagte nach Zurückverweisung der Sache seine im Revisionsverfahren vorgetragenen Einwendungen gegen die bisherige Behandlung dem Berufungsgericht unterbreiten können. Auch der Kläger wird Gelegenheit haben, seinen Vortrag dazu, auf welche Weise die Betriebsteilung seit 1987 mit Erfolg durchgeführt werde und in welcher Weise das zuständige Finanzamt hierzu Stellung genommen habe, zu ergänzen. Dabei wird er auch die Unklarheit ausräumen müssen, die, wie die Revision zu Recht geltend macht, darin besteht, daß er zunächst vorgetragen hat, er habe den Viehbestand inzwischen verringert, seinem weiteren Vorbringen aber zu entnehmen ist, dies sei gerade nicht der Fall gewesen und sein neuer Steuerberater habe ohne eine solche Verminderung des Bestands eine Lösung gefunden, die die aus einer Überschreitung der Grenzwerte des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG sich ergebenden steuerlichen Nachteile vermeide.

3. Die von der Revision angeschnittene Frage eines Mitverschuldens des Klägers wird sich schwerlich stellen. **Ist der Beklagte seinen Beratungspflichten nicht genügend nachgekommen, dann kann er dem Kläger nicht**

entgegenhalten, daß dieser während Bestehens des Mandatsverhältnisses nicht selbst die erforderlichen Maßnahmen erkannt und ergriffen habe (vgl. *Senatsurt. v. 13. 2. 1992 a.a.O. S. 548*). Wenn aber der Kläger lediglich an sich ausreichende Ratschläge des Beklagten nicht befolgt hat, fehlt es bereits an einer Pflichtverletzung und damit an einer Haftung des Beklagten.

Anmerkung (Dr. Gräfe):

Die Entscheidung des BGH warnt vor der Ausdehnung der Beratungspflichten durch die Untergerichte und wiederholt die Leitlinien zur Beurteilung von angeblichen Beratungsfehlern:

1. Der Beratungsauftrag ist mit Abgabe des Rates erfüllt.
2. Der Steuerberater muß nicht beim Mandanten nachprüfen, ob der Rat richtig, vollständig und ohne Formfehler umgesetzt wurde. Anders: Er hat gerade hierfür einen Auftrag erhalten.
3. Entdeckt der Steuerberater Durchführungsmängel im Zuge der Jahresabschlußarbeiten, hat er den Mandanten darauf hinzuweisen.
4. Der Rat des Steuerberaters muß weder besonders eindringlich noch nachdrücklich noch schriftlich erteilt werden.

Fristversäumnis

- unrichtige Postleitzahl
 - Wiedereinsetzung
- (BFH, *Urt. v. 1. 7. 1994 – VI R 8/94*)

Leitsatz:

Beruhet die Versäumung der Frist auf einer durch eine falsche Postleitzahl verursachten Postlaufzeitverzögerung, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden, wenn der Fehler dem ansonsten zuverlässig arbeitenden Büropersonal unterlaufen ist.

Aus den Gründen:

Zwar ist die Revisionsbegründungsschrift erst am 22. 2. 1994 und damit um einen Tag verspätet beim BFH eingegangen. Den Klägern ist jedoch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, da die Fristüberschreitung ohne Verschulden der Prozeßbevollmächtigten der Kläger eingetreten ist (§ 56 der *Finanzgerichtsordnung – FGO* –). **Gemäß der als eidesstattliche Versicherung bezeichneten Erklärung der Mitarbeiterin im Büro der Prozeßbevollmächtigten, Frau A., war der Schriftsatz am 18. 2. 1994 (Freitag) vor der letzten Leerung um 17.00 Uhr in den Briefkasten des Postamtes Z eingeworfen worden.** Der Senat geht von der Richtigkeit dieser Erklärung aus. Ob die fehlerhafte Postleitzahl – das Revisionsbegründungsschreiben weist die Postleitzahl ... statt ... aus – zu einer Postlaufverzögerung geführt hat, kann dahingestellt bleiben. Der Senat wertet diesen Fehler als ein unschädliches Büroversehen, welches der Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht entgegensteht. Er liegt damit auf der **Linie der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, nach welcher der Prozeßbevollmächtigte regelmäßig nicht zu überprüfen hat, ob sein ansonsten zuverlässig arbeitendes Kanzleipersonal die postalische Anschrift einem Schriftsatz zutreffend beigelegt hat** (*Beschl. v. 2. 5. 1990 – XII ZB 17/90, Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung 1991, 307*). Im Streitfall sind keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, daß das Personal des Prozeßbevollmächtigten nicht zuverlässig ist. Die unzutreffende Hausnummer des BFH (108 statt 109) hat nach der der Senatsgeschäftsstelle erteilten Auskunft des Postamtes jedenfalls nicht zu einer Postlaufverzögerung geführt.

Haftungs- begrenzungsklausel

- Treuhänder
 - Bauherrengemeinschaft
 - Einfache Fahrlässigkeit
 - Unmittelbarer Schaden
- (BGH, Urt. v. 8.6.1994 – VIII ZR 103/93)

Leitsatz:

Zur Auslegung einer Vertragsklausel, die die Haftung des Treuhänders einer Bauherrengemeinschaft bei einfacher Fahrlässigkeit auf den Ersatz des unmittelbaren Schadens begrenzt.

Leitsatz (d. Red.):

Der Ersatz naheliegender Schäden nur bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzung führt zu einer Aushöhung der dem Treuhandvertrag sein Gepräge gebenden Hauptpflicht.

Tatbestand:

Die Beklagten beteiligten sich im Jahre 1984 an einem von der Grundstücksmaklerin W. initiierten Bauherrenmodell in R. und traten in dessen Rahmen als Bauherren eines Einfamilienhauses auf. Am 28.6.1984 nahm der Kläger ein notarielles Angebot der Beklagten vom 30.3.1984 auf Abschluß eines Treuhandvertrages an. In diesem Treuhandvertrag ist – soweit hier von Interesse – u.a. geregelt:

„I. Vorbemerkung:

...

Das Bauvorhaben soll vom jeweiligen Bauherrn gesondert durchgeführt werden; deshalb bestimmt jeder Bauherr allein über Art und Weise der Baudurchführung seines Objektes. Um eine wirtschaftlich und technisch reibungslose Abwicklung des Gesamtbauvorhabens aller Einheiten der einzelnen Bauherren zu ermög-

lichen, soll jedoch für jeden Bauherrn ein Treuhänder eingeschaltet werden.

...

Gegenstand dieses Geschäftsbesorgungsvertrages ist daher ausschließlich das Rechtsverhältnis zwischen dem Treuhänder und dem Bauherrn. Er beinhaltet somit u.a. gerade die umfassende, im pflichtgemäßen Ermessen des Treuhänders liegende Interessenvertretung des Bauherrn gegenüber den Vertragspartnern sowie die Mittelverwendung und deren Kontrolle.

...

II. Treuhandvertrag:

§§ 1–4 ...

§ 5 Treuhandhonorar, Haftung

1. ...

2. Der Treuhänder haftet für die Verletzung der übernommenen Vertragspflichten nach Maßgabe der in seinem Beruf üblichen Sorgfalt. Ansprüche verjähren binnen zwei Jahren nach Zustellung der Schlußabrechnung, soweit nicht das Gesetz zwingend eine längere Verjährungsfrist vorsieht. Sie sind auf den Ersatz des unmittelbaren Schadens begrenzt. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht im Falle vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung.“

Im Rahmen seiner Treuhandtätigkeit schloß der Kläger im Namen der Beklagten am 8.8.1984 einen „Generalübernehmervertrag“ mit der ihm von der Initiatorin W. empfohlenen Firma I.-GmbH. In diesem Vertrag verpflichtete sich die Firma I.-GmbH, das Einfamilienhaus der Beklagten bis „spätestens 14 Monate nach Baubeginn (20.8.1984)“ schlüsselfertig zu einem Festpreis von 204.000 DM (incl. MwSt.) zu errichten.

Die Generalübernehmerin war nicht in der Lage, den Fertigstellungstermin einzuhalten. Bereits im Herbst 1985 zeichnete sich eine erhebliche Bauzeitverzögerung ab. Anfang 1986 geriet die Firma I.-GmbH in Zahlungsschwierigkeiten, die in der Folgezeit zu einem Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen führten. Diesen Antrag lehnte das Amtsgericht S.

mit Beschluß vom 14.1.1987 mangels Masse ab. Bereits am 14.2.1986 hatte der Kläger den Generalübernehmervertrag aus wichtigem Grund fristlos gekündigt. Wegen zu befürchtender Mängel in den teilfertiggestellten Bauten wurde am 26.3.1986 ein Beweissicherungsverfahren eingeleitet und durchgeführt. Da sich die Beklagten weigerten, dem Kläger ein von ihm beanspruchtes restliches Treuhandhonorar sowie aus dem Beweissicherungsverfahren erwachsene Rechtsanwaltsgebühren zu bezahlen bzw. Sicherheit zu leisten, kündigte der Kläger den Treuhandvertrag mit Schreiben vom 22.5.1986 aus wichtigem Grund fristlos.

Mit der Klage hat der Kläger 4.806,77 DM (restliche Treuhandvergütung/Rechtsanwaltsgebühren) nebst Zinsen geltend gemacht. Die Beklagten sind der Forderung entgegengetreten und haben darüber hinaus hilfsweise die Aufrechnung mit ihrer Ansicht nach aus der schuldhaften Pflichtverletzung des Treuhandvertrages durch den Kläger entstandenen Schadenersatzansprüchen erklärt sowie widerklagend in erster Instanz beantragt, den Kläger zur Zahlung von 5.500 DM nebst Zinsen zu verurteilen. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen und der Widerklage unter deren Abweisung im übrigen in Höhe von 3.000 DM nebst Zinsen stattgegeben. Das Oberlandesgericht hat die Berufung des Klägers mit Teil- und Grundurteil vom 12.12.1990 zurückgewiesen. Auf die Berufung der Beklagten, mit der die Widerklage auf 108.528,05 DM erweitert wurde, hat das Oberlandesgericht in der genannten Entscheidung unter Zurückweisung des Rechtsmittels im übrigen den Kläger verurteilt, an die Beklagten 4.471,23 DM zu zahlen. Soweit die Beklagten von dem Kläger 17.340,09 DM Gerichts- und Anwaltskosten forderten, hat das Oberlandesgericht die Widerklage abgewiesen. Die weitere Widerklage hat das Berufungsgericht dem Grunde nach insoweit für gerechtfertigt erklärt, als die Beklagten von dem Kläger Schadenersatz wegen eines Auswahlverschuldens bei der Bestellung der Generalübernehmerin verlangen.

Nachdem der Kläger seine gegen dieses Urteil eingelegte Revision zurückgenommen hatte,

haben die Beklagten im Betragsverfahren beantragt, den Kläger auf die Widerklage hin zu verurteilen, an sie 134.230,93 DM nebst Zinsen zu zahlen. Sie haben ferner die Feststellung begehrt, daß der Kläger verpflichtet sei, ihnen allen Schaden zu ersetzen, der ihnen zukünftig noch dadurch entstehen werde, daß sie für die Errichtung und Fertigstellung des streitigen Hausgrundstücks einen um 75.311,12 DM höheren Darlehensbetrag hätten aufwenden müssen.

Sie haben vorgetragen, der Kläger habe ihnen wegen Auswahlverschuldens bei der Bestellung der Generalübernehmerin neben Fertigstellungs- und Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 75.311,12 DM diejenigen Schäden zu ersetzen, die ihnen in Gestalt des durch die Bauzeitverzögerung notwendig gewordenen Zinsmehraufwandes in Höhe von insgesamt 58.919,81 DM (= 32.977,35 DM behaupteter Zwischenfinanzierungsaufwand zzgl. 25.942,46 DM behauptete erhöhte Endfinanzierungskosten) entstanden seien. Auf die im Treuhandvertrag vorgesehene Haftungsbeschränkung könne sich der Kläger nicht mit Erfolg berufen. Hilfsweise haben die Beklagten ihren Schadenersatzanspruch darauf gestützt, daß ihnen eine von der insolvent gewordenen Generalübernehmerin durch die 22-monatige Bauzeitverzögerung verwirkte Vertragsstrafe in Höhe von 53.684,40 DM entgangen sei.

Mit dem jetzt angegriffenen Teilurteil hat das Oberlandesgericht der Widerklage in Höhe weiterer 10.736,92 DM nebst Zinsen stattgegeben. Abgewiesen hat es die Widerklage, soweit die Beklagten Schadenersatz in Höhe weiterer 48.181,69 DM nebst Zinsen (Mehraufwand für die Zwischenfinanzierung ihres Bauvorhabens und die Finanzierung von Fertigstellungs- und Mängelbeseitigungskosten) und die Feststellung der Ersatzpflicht des Klägers für künftige Schäden wegen der Aufnahme eines um 75.311,12 DM höheren Darlehensbetrages begehren. Mit der Revision verfolgen die Beklagten ihren über die Verurteilung des Klägers hinausgehenden Widerklageantrag weiter. Der Kläger beantragt die Zurückweisung des Rechtsmittels.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht führt aus, ein Ersatzanspruch in Höhe der Darlehensmehrkosten stehe den Beklagten nur teilweise unter dem hilfswise vorgebrachten rechtlichen Gesichtspunkt der entgangenen Vertragsstrafe zu, nicht dagegen wegen des behaupteten Mehraufwandes für die Zwischenfinanzierung und die Finanzierung der Fertigstellungs- und Mängelbeseitigungskosten. Zwar stehe aufgrund des inzwischen rechtskräftig gewordenen Teil- und Grundurteils vom 12.12.1990 fest, daß der Kläger die den Beklagten aus der fehlerhaften Auswahl der Generalübernehmerin entstandenen Schäden auszugleichen habe, weil er sich vor Vertragsabschluß nicht in einer die Vermögensinteressen der Beklagten wahrenen Weise von den fachlichen und finanziellen Fähigkeiten der Firma I.-GmbH überzeugt habe. Der Schadenersatzanspruch der Beklagten sei aber durch die die Haftung des Klägers beschränkende Regelung in § 5 Ziff. 2 Treuhandvertrag wirksam ausgeschlossen worden. Bei den von den Beklagten geltend gemachten Kreditkosten handele es sich um mittelbare Schäden, die der Kläger lediglich einfach fahrlässig herbeigeführt habe.

Da weder das Gesetz noch Rechtsprechung und Literatur allgemeingültige, auch auf diesen Fall anwendbare Unterscheidungskriterien für das Begriffspaar „unmittelbarer/mittelbarer Schaden“ anböten, müsse die Abgrenzung aus dem Regelungszweck des Vertrages selbst entwickelt werden. Zielrichtung der in Rede stehenden Vertragsklausel sei es, das Haftungsrisiko einfacher Fahrlässigkeit auf solche Schäden zu begrenzen, die ihrer Art und ihrem Umfang nach voraussehbar seien. Demgemäß müsse der Kläger den Beklagten hinsichtlich der fehlerhaften Auswahl der Generalübernehmerin (nur) dafür einstehen, daß er diese wegen deren Insolvenz nicht zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung habe zwingen können. Zur Erfüllungspflicht der Generalübernehmerin zählten aber (lediglich) die fristgerechte Fertigstellung des Bauprojekts und die Befriedigung von etwaigen Gewährleistungsansprüchen. Eine Ersatzpflicht

des Treuhänders für weitergehende Schäden, etwa den Mehraufwand für Finanzierungsdarlehen, sei von der Erfüllungspflicht der Generalübernehmerin nicht mehr gedeckt; sie würde auch dem Treuhänder unabsehbare Kostenrisiken aufbürden, die die Vertragspartner ihm ersichtlich nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit hätten anlasten wollen. Beide Schuldformen lägen hier nicht vor, denn der Kläger habe auf die Initiatorin W. vertraut, die – wie er gewußt habe – ebenfalls mit der Firma I.-GmbH gebaut und in diesem Zusammenhang viel Geld investiert und später verloren habe. Der Kläger habe nicht annehmen können, daß Wolf „sehenden Auges in den eigenen Ruin steuern“ werde.

Einer Inhaltskontrolle nach § 9 AGB-Gesetz halte die Klausel – falls der Treuhandvertrag überhaupt mehrfach verwendet worden sein sollte und damit das AGB-Gesetz Anwendung fände – schon deshalb stand, weil gegen eine Herausnahme nicht vorhersehbarer Schäden aus der Haftung grundsätzlich nichts einzuwenden sei. Gleiches müsse für die Haftungsfreistellung von – wie hier – entfernt liegenden Schäden gelten.

Der von den Beklagten geltend gemachte Schadenersatzanspruch rechtfertige sich aber grundsätzlich aus dem hilfswise vorgebrachten Gesichtspunkt der entgangenen Vertragsstrafe. Insoweit handele es sich um einen unmittelbaren Schaden. Der Höhe nach sei dieser Anspruch aber auf den Zeitraum bis zum Zugang der Kündigung des Generalübernehmervertrages durch den Kläger Mitte Februar 1986 begrenzt. Denn danach habe eine weitere Vertragsstrafe mangels Akzessorietät zur Hauptverpflichtung der Generalübernehmerin nicht mehr verwirkt werden können.

II.

Diese Ausführungen halten revisionsrechtlicher Nachprüfung nicht in allen Punkten stand.

1. Nach dem rechtskräftigen Teil- und Grundurteil vom 12.12.1990 steht fest, daß der Kläger dem Grunde nach verpflichtet ist, den Beklagten Schadenersatz wegen seines Auswahlverschuldens bei der Bestellung der General-

übernehmerin zu leisten. Das sieht auch das Berufungsgericht nicht anders.

2. Nicht frei von Rechtsfehlern sind indessen die Ausführungen des Berufungsgerichts, mit denen es den Schadenersatzanspruch wegen des – gegenwärtigen und künftigen – Mehraufwandes für die Zwischenfinanzierung und die Endfinanzierung der Baukosten verneint. § 5 Nr. 2 des Treuhandvertrages rechtfertigt das nicht.

Hier kann die vom Berufungsgericht bejahte Wirksamkeit der Vertragsklausel unterstellt werden, denn der Anspruch der Beklagten auf Ersatz ihres Zinsmehraufwandes wird schon vom Wortlaut der Klausel nicht erfaßt.

a) Entgegen der Ansicht der Revision ist allerdings die Würdigung des Berufungsgerichts, der Kläger habe bei der Bestellung der I.-GmbH zur Generalübernehmerin weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt, aufgrund seiner rechtsfehlerfrei getroffenen tatsächlichen Feststellungen jedenfalls vertretbar und damit im Revisionsrechtszug hinzunehmen.

b) Nicht gefolgt werden kann dem Berufungsgericht jedoch, soweit es den Anspruch auf Ersatz des Zinsmehraufwandes als nur mittelbaren Schaden der Beklagten ansieht.

Der Inhalt des in § 5 Abs. 2 des Treuhandvertrages verwendeten **Begriffs „unmittelbarer Schaden“ – sowie seines Gegenteils, des „mittelbaren Schadens“** – ist, wie das Berufungsgericht an sich zutreffend erkennt, in Ermangelung einer gesetzlichen, von der Rechtsprechung entwickelten oder in der Literatur allgemein anerkannten Definition im Wege der Auslegung aus dem Treuhandvertrag, insbesondere der in Rede stehenden Haftungsbegrenzungsklausel, selbst zu ermitteln.

Die vom Berufungsgericht vorgenommene Auslegung ist nicht frei von Rechtsfehlern. Dabei kann zugunsten der Revisionserweiterung unterstellt werden, daß diese Auslegung im Revisionsrechtszug nur eingeschränkter Überprüfung zugänglich ist, weil der Treuhandvertrag eine Individualvereinbarung ist oder – als Formularvertrag – nur im Bezirk des Berufungsgerichts Verwendung findet. Auch dann

kann eine vom Tatrichter vorgenommene Wertung keinen Bestand haben, wenn sie gegen anerkannte Auslegungsgrundsätze verstößt. So ist es hier. **Der Grundsatz einer nach beiden Seiten hin interessengerechten Auslegung** (vgl. BGH, Urteile vom 2. 7. 1992 – I ZR 181/90 = WM 1992, 2026 unter II 2 b und vom 9. 6. 1993 – VIII ZR 205/92 = NJW-RR 1993, 1203 unter I 3 B) ist verletzt.

Die vom Kläger im Treuhandvertrag übernommene wesentliche Vertragspflicht bestand in einer umfassenden Wahrung der Vermögensinteressen der Beklagten im Rahmen des Bauherrenmodells. Ihm war die Rechtsmacht eingeräumt, namens der Beklagten die zur Errichtung ihres Einfamilienhauses notwendigen Verträge zu schließen. Die Beklagten konnten und durften daher nicht nur erwarten, daß der Kläger die bei Abschluß dieser Verträge erforderliche Sorgfalt walten lasse, sondern auch, daß er selbst bei nur einfach fahrlässiger Mißachtung dieser Sorgfaltspflicht jedenfalls für die Schäden einstehe, die bei dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge als naheliegend zu erwarten sind. **Ist ein Generalübernehmer weder fachlich noch finanziell in der Lage, den Bau wie geplant und termingerecht fertigzustellen, so ist die regelmäßige Folge eine Erhöhung des Finanzierungsaufwandes des Bauherren und damit eine Beeinträchtigung seines Vermögens.** Da der Kläger pflichtwidrig die Firma I.-Bau GmbH zur Generalübernehmerin bestellte, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen war und dadurch eine erhebliche Bauzeitverzögerung verursachte, mußte er auch mit der **naheliegenden Folge rechnen, daß sich die Finanzierungskosten seiner Treugeber, wie geschehen, drastisch erhöhten.** Wenn das Berufungsgericht den Kläger für derartige, **ihrer Art nach naheliegenden Schäden nur bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung haften lassen will, läßt es die Interessen der Beklagten in nicht mehr hinnehmbarer Weise außer acht, denn dieses Ergebnis läuft auf eine Aushöhlung der dem Treuhandvertrag sein Gepräge gebenden Hauptpflicht des Klägers hinaus.** Soweit das Berufungsgericht seine Annahme, der Zinsmehraufwand sei nur mittelbarer Scha-

den, damit begründet, Zielrichtung der Haftungsbeschränkungsklausel sei es gewesen, dem Kläger das Haftungsrisiko für solche Kosten abzunehmen, die ihrem Umfang nach für ihn nicht voraussehbar gewesen seien, kann dem schon deshalb nicht gefolgt werden, weil der **Umfang eines Schadens kein Kriterium für dessen Unmittelbarkeit bzw. Mittelbarkeit ist**. Im übrigen wäre dann auch kaum ein einfach fahrlässig herbeigeführter Schaden ersatzfähig, denn gerade auf dem Bausektor ist die Höhe eines Schadens selten von vornherein kalkulierbar.

c) Da die Auslegung des Berufungsgerichts von Rechtsfehlern beeinflusst ist und weitere Feststellungen nicht erforderlich sind, kann das Revisionsgericht die fragliche Vertragsklausel selbst auslegen. Dies führt aus den genannten Gründen zu dem Ergebnis, daß der geltend gemachte Zinsschaden der Beklagten unmittelbarer Natur ist und sein Ersatz daher durch § 5 Abs. 2 des Treuhandvertrages nicht ausgeschlossen ist.

III. Eine abschließende Entscheidung über den in der Revisionsinstanz angefallenen Teilanspruch der Beklagten ist nicht möglich, weil das Berufungsgericht – von seinem Standpunkt aus konsequent – zur Höhe des Zinsschadens noch keine Feststellungen getroffen hat. Hierbei kann der den Beklagten durch die Bauzeitverzögerung entstandene Zinsnachteil nicht ohne weiteres mit dem ihnen entstandenen Schaden gleichgesetzt werden, denn regelmäßig stehen einem erhöhten Zinsaufwand anrechenbare steuerliche Vorteile gegenüber.

Der Rechtsstreit war daher an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, damit dieses – gegebenenfalls nach entsprechend ergänztem Vorbringen der Beklagten, die den ihnen entstandenen Schaden konkret darzulegen haben – die bislang fehlenden Feststellungen nachholen kann.

Sollte es in der erneuten Verhandlung wiederum auf die Hilfsbegründung der Beklagten (entgangene Vertragsstrafe) ankommen, weist der Senat vorsorglich darauf hin, daß die vom Berufungsgericht vorgenommene Begrenzung des Ersatzanspruchs der Beklagten auf den

Zeitraum bis zum Zugang der Kündigung des Generalübernehmervertrages aus Rechtsgründen nicht in Betracht kommt. Denn hätte der Kläger einen wirtschaftlich solventen Vertragspartner als Generalübernehmer ausgesucht, wäre es zur Kündigung des Vertrages mit diesem nicht gekommen. Eine etwa verwirkte Vertragsstrafe wäre neben dem Erfüllungsanspruch in vollem Umfang durchsetzbar gewesen. Da die Beklagten so zu stellen sind, als hätte der Kläger seine Pflichten ordnungsgemäß erfüllt, könnte mithin der volle entgangene Vertragsstrafenanspruch als Schaden verlangt werden.

Berufsrecht des Steuerberaters

- Erlaß einer einstweiligen Anordnung
- Teilnahme an der mündlichen Prüfung
(FG Brandenburg, Beschl. v. 13. 3. 1995
– 2 V 149/95 StB)

Leitsatz:

Im Rahmen des § 114 Finanzgerichtsordnung kommt die (vorläufige) Zulassung zum mündlichen Teil der Steuerberaterprüfung nur in Betracht, wenn der Antragsteller die Voraussetzungen einer Existenzgefährdung glaubhaft macht.

Aus den Gründen:

Die Antragstellerin (ASt.), die seit Februar 1994 hauptberuflich bei einem Steuerberater als freie Mitarbeiterin tätig ist, fertigte im Rahmen der Steuerberaterprüfung 1994 drei Aufsichtsarbeiten. Der Antragsgegner (Ag.) teilte in dem Schreiben vom 11.1.1995 der ASt. mit, daß der Prüfungsausschuß die Aufsichtsarbeiten – die nicht mit einer Kennziffer, sondern mit Anschrift und Unterschrift der ASt. versehen waren – mit 5,0, 5,4 und 5,5 Punkten benotet habe. Aufgrund der Gesamtnote von 5,0 habe die ASt. die Steuerberaterprüfung nicht bestanden und sei gemäß § 25 Abs. 2 der Verordnung zur Durch-

führung der Vorschriften über Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (DVStB) von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen. Die ASt. hat gegen den Bescheid vom 11.1.1995 Klage erhoben, über die noch nicht entschieden ist.

Ihren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung begründet die ASt. wie folgt: Sie, die ASt., sei vorläufig zum mündlichen Teil der Steuerberaterprüfung zuzulassen. Die Aufsichtsarbeiten seien unter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gefertigt worden. Die Vorgabe des Ag., daß Aufsichtsarbeiten mit Namen und Adresse zu versehen seien, beinhalte eine Schlechterstellung gegenüber Prüflingen aus anderen Bundesländern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß Mitarbeitern des Ag. der andauernde Rechtsstreit zwischen ihr, der ASt., und ihrem ehemaligen Arbeitgeber bekannt sei. Tatsächlich seien die Prüfungsarbeiten vor allem des ersten und dritten Tages nicht korrekt bewertet worden.

Die weiteren Voraussetzungen des § 114 FGO seien ebenfalls erfüllt. Es sei davon auszugehen, daß sich das Klageverfahren über längere Zeit hinziehe. Eine Verschiebung des Prüfungstermins führe zu einer erneuten Ungleichbehandlung. Auch würde eine effektive Vorbereitung auf die mündliche Prüfung erschwert.

Die Abweisung des Antrags führe zu einer schweren Härte für die gesamte Familie, deren Existenzgrundlage bedroht würde. Ohne alsbaldige Teilnahme an der mündlichen Prüfung beständen kaum Möglichkeiten, die derzeitige Tätigkeit bei dem Steuerberater auszubauen und effizient zu gestalten.

Die Antragstellerin beantragt sinngemäß, vorläufig zum mündlichen Teil der Steuerberaterprüfung zugelassen zu werden.

Der Antragsgegner beantragt, den Antrag abzuweisen.

Die Antrag ist nicht begründet. Die Voraussetzungen des § 114 FGO sind nicht erfüllt.

Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit ein Anordnungsanspruch im Sinne von § 114 Abs. 1 Satz 2 FGO besteht. Jedenfalls hat die ASt. den für eine Regelungsanordnung erforderlichen

Anordnungsgrund nicht glaubhaft gemacht (§ 114 Abs. 3 FGO in Verbindung mit § 920 Abs. 2 Zivilprozeßordnung).

Nach den zutreffenden Grundsätzen des Bundesfinanzhofs, denen der Senat sich anschließt, sind einstweilige Anordnungen zur Regelung eines vorläufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis nur zulässig, wenn diese Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen notwendig erscheint. Damit nicht im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes das Ergebnis des Hauptverfahrensvorweggenommen wird, **besteht im Regelfall jedoch kein Anspruch auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gemäß § 114 Abs. 1 Satz 2 FGO, mit der die vorläufige Zulassung zur Steuerberaterprüfung insgesamt oder zu Teilen dieser Prüfung erstritten werden kann** (ebenso: BFH, Beschl. vom 20.9.1988 – VII B 129/88, BStBl II 1988, 956, 957 f; BFH, Beschl. v. 21.2.1984 – VII B 78/83, BStBl II 1984, 449, 450; Gräber/Koch, § 114 Rdnr. 66 m.w.N.).

Sofern Regelungsanordnungen zur Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes gleichwohl unumgänglich sind, ist ein solcher Ausnahmefall nur anzunehmen, wenn ein Anordnungsgrund von besonderer Intensität gegeben ist. Insoweit genügen insbesondere nicht die allgemeinen Nachteile, die aus einer Teilnahme an einer mündlichen Prüfung erst nach Abschluß des Hauptverfahrens erwachsen können. Gleichermaßen sind zusätzliche Kosten oder Erschwernisse einer erneuten Prüfungsvorbereitung nicht als ausreichend anzusehen.

Die Annahme eines Anordnungsgrundes kommt lediglich in Betracht, wenn die Voraussetzungen einer Existenzgefährdung zu bejahen sind. Hiernach muß die wirtschaftliche oder persönliche Lebensgrundlage eines Antragstellers unmittelbar bedroht sein (BFH, Beschl. v. 25.4.1989 – VII B 23/89, BFH/NV 1989, 740, 742; BFH, Beschl. v. 20.9.1988, a.a.O., S. 958 f; FG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 21.3.1990 – 2 V 1201/90, EFG 1991, 48, 49).

Die diesbezüglichen Voraussetzungen hat die ASt. nicht in dem erforderlichen Maße (§ 920

Abs. 2 ZPO) glaubhaft gemacht. Die ASt. ist bei einem Steuerberater und vereidigten Buchprüfer tätig, die Fortsetzung dieser Tätigkeit ist durch eine Teilnahme an dem mündlichen Teil der Steuerberaterprüfung erst zu einem späteren Zeitpunkt nicht gefährdet. Die Nachteile, die mit einer derartigen späteren Prüfung verbunden sind, mögen vielfältiger Art sein und auch in ihre Familiensituation hineinwirken. Derartige Nachteile erreichen jedoch nicht das erforderliche Ausmaß der Existenzgefährdung. Insbesondere hat die ASt. nicht glaubhaft dargestellt, daß im Vergleich zur derzeit bestehenden Situation die alsbaldige (erfolgreiche) Teilnahme an der mündlichen Prüfung die schwere Härte für ihre gesamte Familie und die Bedrohung deren Existenzgrundlage entfallen ließe. Soweit die ASt. geltend macht, in Zeiten der Prüfungsvorbereitung könne sie – trotz ihrer Unterhaltspflicht gegenüber ihrer Familie – kaum Einkommen aus ihrer Tätigkeit erzielen, ist entscheidend darauf abzustellen, daß allein das Verschieben der Prüfungsvorbereitung auf einen späteren Zeitpunkt lediglich zu einer gewissen zeitlichen Verlagerung dieser vorgetragenen Probleme führt.

GI Hinweise

1. Langenfeld legt Gestaltungs- und Beratungsempfehlungen für GmbH-Verträge vor. Formulierungsvorschläge werden gepaart mit ausführlichen Erläuterungen und Beratungshinweisen.

Das gesamte GmbH-Recht wird von der Gründung bis zur Liquidation vorgestellt. Das neue Umwandlungsrecht und die Anstellung des Geschäftsführers ergänzen den Vertragsteil und werden praxisnah erläutert.

Die Neuerscheinung wendet sich in erster Linie an Notare und Rechtsanwälte. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erhalten aber sicherlich interessante Beratungshinweise.

Das Buch enthält eine Diskette mit den Vertragsmustern (Langenfeld, GmbH-Vertragspraktikum, 2. Aufl. 1995, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, 257 Seiten + Diskette, broschiert DM 78,-, ISBN 3-504-32605-0).

2. Schuhmann untersucht in einem Aufsatz „Beschlagnahme von Mandantenunterlagen bei den Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe“ in *Wistra* 1995, 50, die Frage, ob die beim Rechtsanwalt oder Steuerberater vorhandenen Mandantenunterlagen stets dem Beschlagnahmeverbot des § 97 StPO unterliegen. Er bejaht dieses, weist aber gleichzeitig auch darauf hin, daß es um den Rechtsschutz gegen Verstöße nicht gut bestellt ist.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 8, 1995)

Anerkennung	
– Information d. Berufs-Haftpflichtversicherers	95, 131
Anscheinsbeweis	
– Ursachenzusammenhang, haftungsausfüllender	95, 74
Belehrungspflicht d. Notars	
– „ins Blaue hinein“	95, 158
– rechtliche Tragweite	95, 158
– Vorleistung, ungesicherte	95, 158
Auskunft d. Gerichtes	
– zum Fristenlauf	95, 42
– zur Zuständigkeit	95, 42
Belehrungspflicht d. StB/WP	
– Auftragsinhalt	95, 65
– Beweislast	95, 49, 178
– Dokumentationspflicht?	95, 49
– Eindringlichkeit d. –	95, 178
– Erfolgsaussichten, Rechtsmittel	95, 143
– über Fehler des Vorberaters	95, 53
– Kostenbelastung	95, 143
– Nachprüfung durch StB?	95, 178
– über steuerliche Risiken = vermeidbare Steuern	95, 30
– relativ sicherster Weg = Verfassungsmäßigkeit	95, 30
– ungefragte – = Auftragsinhalt	95, 65
Berichtigung (§ 129 AO)	
– unterlassene FA-Prüfung	95, 157
Berufsrecht d. StB	
– Teilnahme an mündlicher Prüfung = Existenzgefährdung	95, 187
Berufsverbot	
– Schuldnerverzeichnis	95, 144
Berufungsbegründungsfrist	
– Verlängerungsantrag = pauschale Begründung	95, 20
Bestandskraft	
– Wiederholung eines VA	95, 46

Betriebsaufgabe		Grundurteil	
– verzögerte –	95, 134	– Schadenentstehung	95, 21
Beweislast		Haftungsbeschränkung	
– Fehlberatung	95, 49	– im Treuhandvertrag	
– Kausalität		= unmittelbare Schäden	95, 183
= z. Pflichtverletzung u. Schaden	95, 21, 51	Honoraranspruch d. RA	
Bilanz		– Abtretung	95, 168
– Dritthaftung	95, 51	– vorzeitige Beendigung des Mandates,	
– Testat		§ 13 BRAGO	95, 123
= ohne –	95, 51	Honoraranspruch d. StB	
Bilanzveröffentlichung		– Buchführung	
– Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts	95, 39	= Überprüfung und Korrektur	95, 35
Buchführungsauftrag		– Einnahme-Überschußrechnung,	
– Datenerfassung		§ 25 StBGebV	
= durch Mandanten, Dipl.-Betriebsw.	95, 131	= Prüfung und Korrektur d. Buchführung,	
– Mandantenpflichten		§ 25 Abs. 2	95, 35
= fehlerhaftes Kassenbuch	95, 13	– Fotokopierkosten, § 17 StBGebV	95, 32
Darlegungslast/Regreßanspruch		– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
– Schaden		= Angabe d. Rahmensatzes?	95, 78
= Umsatzsteueroption	95, 35	= Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale	95, 13
Dokumentationspflicht?		= Bestimmungsrecht, Festlegung	95, 13
– über Belehrung	95, 49	= Buchführungshonorar	95, 32
Dritthaftung		= Höchstsatz	95, 78
– stillschweigender Auskunftsvertrag		= Lohnbuchhaltung	95, 32
= Bescheinigung ü. Steuererstattung	95, 126	– Kassenbuch	95, 11
– Bilanz		= nach Kündigung	95, 80
= ohne Testat	95, 51	– Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		= Sozialversicherungsträger	95, 32
= Kreditgeber	95, 126	– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= Testat	95, 126	= unwirksame Vereinbarung	95, 11
Fachanwalt		– Unkostenpauschale, § 19 StBGebV	
– besondere Kenntnisse	95, 121	= verschiedene Angelegenheiten	95, 12
– Erfolgsquote Klausuren	95, 121	= jeder Buchungsmonat	95, 32
Finanzgerichtsordnung		– Zeithonorar	
– Vertragsgantrag	95, 142	= Angaben, § 13 StBGebV	95, 12
Fristenkontrolle		= Führung des Kassenbuchs	95, 11
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch		= Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV	95, 11
= dezentrale –	95, 43	Kassenbuch	
– Fristausnutzung	95, 94	– Scheckverwendung	95, 13
– Fristenkontrollbuch		– Vergütung, Zeitgebühr?	95, 11
= Telefax	95, 2	Kausalität	
= Vorfristnotierung	95, 25	– Beweislast: siehe dort	
– Fristüberwachung durch RA		– Fehler des zweiten RA/Mitverschulden	95, 3
= Auskunft d. Geschäftsstelle	95, 42	– zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
– Fristversäumnis, unverschuldete –		= Anscheinsbeweis	95, 74
= Falschadressierung, Auszubildender	95, 90	– Schutzzweck	
= Postbeförderung, neue Bundesländer	95, 42	= der Beratungspflicht	95, 75
– Information an Mandanten		– Unterbrechung der –	95, 3
= Einspruchsentscheidung	95, 42	Kenntnis d. Steuerrechts	
= Rückfrage beim Mandanten?	95, 42	– Zeitschriften	
– Postannahme beim Mandanten		= BStBl = DStR = EFG	95, 15
= Postleitzahl	95, 182	Konkursverwalter	
= Verlust d. Niederlegungsscheins	95, 44	– Abgabe d. Steuererklärung	95, 142
– Telefax		– gewerbliche Einkünfte?	95, 168
= Empfang, Ausdruck	95, 2	– Unternehmensfortführung,	
= Fristlöschung	95, 2	Versicherungsschutz	95, 20
= OK-Vermerk, Sendebericht	95, 117	– Vorsteuerabzug	
Geschäftsbücher		= Eigentumsvorbehaltsware	95, 39
– Einsicht in –	95, 168	Lohnbuchhaltung	
Gewerbebetrieb		– Fahrtkostenerstattung, steuerfrei	95, 131
– Infektionstheorie	95, 168	Lohnsteuerhilfeverein	
– Konkursverwalter	95, 168	– Mitunternehmereinkünfte	95, 64
GmbH		Mandatsniederlegung	
– Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996	95, 39	– Mitteilungspflicht	95, 146
		– rechtswidrige Weisung	95, 124
		Mitarbeiter d. StB, WP, RA	
		– Scheckweiterleitung durch –	95, 17

Mitverschulden			
– fehlerhaftes Kassenbuch	95, 13		
– Zeitablauf	95, 30		
– Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA	95, 3		
Nachbesserung			
– Recht d. StB	95, 17		
– nach Wechsel d. StB	95, 17		
Nichtzulassungsbeschwerde			
– durch Steuerberatungs-GmbH	95, 2		
Notar			
– Amtspflicht			
= zukünftiger Erbe	95, 104		
– Belehrungspflichten			
= Erschließungskosten	95, 55		
– Rechtsmittel, unterlassenes			
= Erinnerungen, Mahnungen	95, 104		
– Schutzbereich des/§19 BNotO	95, 104		
– Tätigwerden, unverzögertes	95, 104		
Parteiverrat, §356 StGB			
– Sozietät, Mandatsbeschränkung	95, 77		
– Strafsache	95, 64		
– Vollmacht, Auslegung d. –	95, 77		
Praxiswert			
– Nutzungsdauer	95, 2		
– Sozietätsgründung	95, 90		
– Übertragung des –	95, 2		
Praxisveräußerung			
– weitere Mitarbeit	95, 168		
Prozeßkostenhilfe			
– Unterschrift	95, 2		
Prozessuale Fragen			
– Veragungsantrag, Attest	95, 142		
Prozeßvergleich			
– Widerruf	95, 93		
– Wiedereinsetzung?	95, 95		
Prozeßvollmacht			
– Widerruf, Vertretungsbefugnis	95, 90		
Prüfungspflicht			
– ungefragte –			
= Auftragsinhalt	95, 65		
Rechtsanwalt			
– Beratungspflichten			
= Beseitigung d. Erbrechts, §1933 BGB	95, 58		
= Erbvertrag, Rücktritt vom –	95, 58		
= Verjährungsprüfung	95, 16		
= Werkvertrag, Nichterfüllung	95, 69		
– Urkundenprozeß			
= Beschleunigungsinteresse	95, 21		
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung			
– Geschäftsmäßigkeit	95, 64		
– durch Verbandsvertreter, Amtsgericht	95, 90		
Rechtsmittelauftrag			
– Erfolgsaussichten	95, 143		
Schaden			
– nach Fristversäumnis	95, 146		
– Kalkulationsschaden, USt	95, 37		
– Pachtnebenkosten, USt	95, 91		
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	95, 82		
– Zinsschaden/abstrakte Berechnung	95, 30		
Schuldnerverzeichnis			
– d. StB	95, 144		
Steuerberaterprüfung			
– berufspraktische Vorbildung	95, 90		
Steuerberatungsgesetz			
– §46 Abs. 3 Nr. 2			
Vermögensverfall	95, 144		
– Buchhalter	95, 90, 142		
– Betriebswirt	95, 142		
StB-GmbH			
– ausländische	95, 64		
Steuerberater			
– gewerbliche Einkünfte	95, 168		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung des –			
= Mitteilungspflicht	95, 146		
– Inhalt d. –	95, 65		
– Laufzeit d. –	95, 80		
= Jahreshonorar	95, 80		
– Nachbesserungsrecht	95, 17		
– Pflicht z. Steuerzahlung?	95, 26		
Steuergesetze			
– Verfassungswidrigkeit	95, 30		
Steuerhaftung			
– d. GmbH-Geschäftsführers	95, 100		
Steuerhinterziehung			
– Körperschaftsteuer	95, 168		
– Vorsatz	95, 168		
Steuerschuld			
– Zahlung d. –			
= Verantwortungsbereich d. StB?	95, 26		
Steuerzahlung			
– durch Steuerberater?	95, 17		
Telefax			
– Ausdruck im Empfangsgerät	95, 2		
– Fristlöschung	95, 2		
– Zugangsnachweis			
= OK-Vermerk, Sendebericht	95, 117		
Treuhänder			
– Haftungsbegrenzung			
= unmittelbarer Schaden	95, 183		
– Verjährung von Regreßansprüchen	95, 10		
Umsatzsteuer			
– Optionsschaden	95, 35		
– Pachtumlagen, Schaden	95, 91		
– Rechnungsberichtigung	95, 146		
– Steuerausweis, unberechtigter §14 Abs. 3	95, 142, 146		
– tatsächliche Verständigung	95, 142		
Unterschrift			
– PKH-Antrag	95, 2		
Urkundenprozeß			
– Aktenbeiziehung	95, 21		
– Beschleunigungsinteresse	95, 21		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
– Fehlbuchungen, Scheckverwendung	95, 13		
– Selbstkontrahierungsverbot	95, 39		
Verfassungsmäßigkeit			
– d. Steuergesetze	95, 30		
Vergleichsverwalter			
– Honorarschuldner f. Bilanz?	95, 102		
Verjährung (§51 BRAO)			
– Sekundäranspruch			
= neuer RA	95, 29		
– Verjährungsbeginn			
= Fristablauf	95, 3, 27		
= Kosten d. Vorprozesses	95, 28		
= Wiedereinsetzung	95, 28		

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)

- Bautreuhänder 95, 10
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und
und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
= Anlaß für - 95, 134
- = Mandatsende, neuer Steuerberater 95, 169
- Verjährungsbeginn 95, 169
- = Bekanntgabe d. Steuerbescheides 95, 169
- = Bestandskraft d. Steuerbescheides 95, 169
- = Betriebsaufgabe, verzögerte 95, 134
- = Fristablauf 95, 3
- = Prozeßfehler 95, 169

Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts

- Bilanzveröffentlichung 95, 39

Verschwiegenheit

- Abtretung d. Honorarforderung 95, 168
- Einsicht in Geschäftsbücher 95, 168

Versicherungsschutz

- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils 95, 150
- = sog. Voraussetzungs-Identität 95, 150
- Konkursverwalter 95, 20
- wissentliche Pflichtverletzung
- = Darlegungslast

Versorgungswerk, Rechtsanwälte

- Pflichtmitgliedschaft
- = geringfügige Beschäftigung 95, 64

Vertagungsantrag

- Attest 95, 142

Verwaltungsakt

- Wiederholung eines - 95, 46

Vollmacht

- Auslegung d. - 95, 77

Weisung d. Mandanten

- Bindung? 95, 49
- unsachgemäße - 95, 124

Widerruf

- Prozeßvergleich 95, 93

Wiedereinsetzung

- Antrag
- = Frist d. - 95, 76
- Glaubhaftmachung 95, 20
- bei Prozeßvergleich? 95, 95

Wintergeld

- Ausschußfrist 95, 42

Zinsschaden

- abstrakte Berechnung 95, 30

Zustellung

- Empfangsvollmacht
- = Beendigung der - 95, 42
- = Treu und Glauben über - 95, 98
- durch Mitteilung über Niederlegung
- = Verlust der - 95, 45

BGH v. 16.12.1993 - IX ZR 30/93

= WM 1994, 602

= NJW-RR 1994, 535

= VersR 1994, 824

BGH v. 8.2.1994 - VI ZR 286/93

= wistra 1994, 301

= NJW 1994, 1281

= VersR 1994, 570

= DStR 1994, 733

BGH v. 2.3.1994 - VIII ZR 14/93

= NJW 1994, 1864

= WM 1994, 1076

= VersR 1994, 949

BGH v. 24.3.1994 - I ZB 1/94

= NJW 1994, 1878

BGH v. 28.4.1994 - IX ZR 161/93

= NJW 94, 2283

= WM 94, 1673

= VersR 94, 1310

= BB 94, 1958

BGH v. 29.4.1994 - VZR 62/93

= NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494

BGH v. 4.5.1994 - XII ZB 21/94

= NJW 1994, 2097

BGH v. 26.5.1994 - III ZB 11/94

= VersR 1995, 71 = MDR 1994, 1250

BGH v. 7.6.1994 - 5 StR 85/94

= BGHSt 40, 188 = NJW 1994, 2302

BGH v. 8.6.1994 - VIII ZR 103/93

BGH v. 9.6.1994 - IX ZR 125/93

= BGHZ 126, 217

= NJW 1994, 3295

= VersR 1994, 1231

BGH v. 15.6.1994 - IV ZB 6/94

= NJW 1994, 2898

= VersR 1995, 73

= BB 1994, 1815

BGH v. 16.6.1994 - V ZB 12/94

= NJW 1994, 2299 = VersR 1995, 237

BGH v. 16.6.1994 - I ZR 66/92

= NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325

BGH v. 6.7.1994 - VIII ZB 26/94

= NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325

BGH v. 6.7.1994 - VIII ZB 12/94

= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362

BGH v. 11.7.1994 - AnwZ (B) 3/94

BGH v. 13.7.1994 - IV ZR 294/93

= NJW 1995, 51

BGH v. 14.7.1994 - VII ZB 7/94

= NJW 1994, 2958

BGH v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93

= NJW 1994, 2882

= WM 1994, 2162

= BB 1994, 1961

= DStR 1994, 1748

BGH v. 27.9.1994 - XI ZB 9/94

= NJW 1994, 3235

BGH v. 20.10.1994 - IX ZR 116/93

= NJW 1995, 449

= WM 1995, 398

= VersR 1995, 212

BGH v. 27.10.1994 - IX ZR 12/94

BGH v. 17.11.1994 - VII ZB 12/94

= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362

BGH v. 1.12.1994 - IX ZR 131/94

= NJW 1995, 521 = VersR 1995, 297

BGH v. 7.12.1994 - VIII ZR 153/93

95, 9

95, 20

95, 55

95, 2

95, 2

95, 42

95, 77

95, 183

95, 21

95, 44

95, 42

95, 116

95, 25

95, 76

95, 121

95, 58

95, 90

95, 3

95, 43

95, 70

95, 158

95, 98

95, 93

95, 117

BGH v. 26.1.1995 – IX ZR 10/94 = NJW 1995, 958 = DB 1995, 624 = MDR 1995, 416			
BGH v. 9.2.1995 – 5 StR 722/94 = Wistra 1995, 191			
BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 130/94 – Vorinstanz OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 72/89 = GI 1995, 35			
BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94			
OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 – 13 U 25/93	95, 13	FG Brandenburg v. 13.5.1995 – 2 V 149/95 StB	95, 187
OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 – 13 U 102/93	95, 11	FG Hamburg v. 28.9.1993 – III 272/92 – nrkr. = Stbg 1994, 197	95, 64
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 177/93	95, 80	FG Hamburg v. 7.10.1993 – II 13/93	95, 46
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 207/93	95, 32		
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 218/93	95, 143	BFH v. 22.6.1992 – IV R 125/91 = BFH/NV 94, 553	95, 20
OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 196/94	95, 102	BFH v. 6.10.1993 – X B 85-86/93 = LEXinform 0119247 = Steuertelex 4525	95, 116
OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 220/93	95, 100	BFH v. 11.2.1994 – VIII B 83/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0119218	95, 2
OLG Düsseldorf v. 11.10.1994 – 17 W 63/94 = StBg 1995, 217	95, 168	BFH v. 24.2.1994 – IV R 33/93 = LEXinform 0119036 = Steuer-Telex 2810	95, 90
OLG Frankfurt v. 6.10.1993 – 17 U 222/92 = VersR 1994, 1175	95, 20	BFH v. 15.3.1994 – XI R 89/92 = BFH/NV 95, 74	95, 39
OLG Frankfurt v. 13.10.1993 – 21 U 145/92	95, 17	BFH v. 30.3.1994 – I R 52/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0109695	95, 2
OLG Frankfurt v. 19.5.1994 – 26 U 134/93	95, 27	BFH v. 12.4.1994 – IX R 31/91 = BFH/NV 95, 1	95, 157
OLG Hamm v. 2.2.1994 – 25 U 96/93	95, 126	BFH v. 2.5.1994 – X B 124/93 = BFH/NV 1995, 44	95, 90
OLG Hamm v. 9.3.1994 – 32 U 135/93	95, 90	BFH v. 4.5.1994 – XI R 104/92 = BFH/NV 95, 46	95, 142
OLG Hamm v. 27.5.1994 – 25 U 171/93	95, 51	BFH v. 18.5.1994 – I R 111/93 = BStBl 1995, 24	95, 116
OLG Hamm v. 1.6.1994 – 25 U 196/93	95, 53	BFH v. 18.5.1994 – I R 109/93 = StBg 1995, 36 = Lexinform 0103850 = Steuer-Telex 4514	95, 168
OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 125/93	95, 35	BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = LEXinform 0109857 = Steuertelex = BStBl 95 II, 230	95, 116 4526
OLG Hamm v. 29.6.1994 – 25 U 61/93	95, 30	BFH v. 7.7.1994 – X B 152/94 = BFH NV 1995, 228	95, 116
OLG Hamm v. 30.11.1994 – 25 U 112/93	95, 131	BFH v. 10.8.1994 – I R 133/93 = Lexinform 0126038 = Steuer-Telex 5012	95, 168
OLG Karlsruhe v. 8.3.1994 – 3 U 45/93	95, 123	DtG I v. 11.8.1994 – IV R 126/91 = StBg 1995, 36 = Lexinform 019854 = Steuer-Telex 4515	95, 160
OLG Karlsruhe v. 10.11.1994 – 11 U 87/93	95, 146	BFH v. 23.8.1994 – V II R 143/92 = LEXinform 0126041 = Steuer-Telex 5017	95, 142
OLG Köln v. 1.12.1993 – 11 U 78/93	95, 17	BFH v. 8.9.1994 – V R 70/91 = BStBl 1995, 32	95, 142
OLG Köln v. 29.4.1994 – 19 U 201/93	95, 16	BFH v. 13.10.1994 – VII R 37/94 = BStBl II 1995, 10	95, 64
OLG Köln v. 1.6.1994 – 11 U 244/93 = StB 94, 425	95, 49	BFH v. 25.10.1994 – VII R 14/94 = BStBl 1995 II, 210	95, 142
OLG Köln v. 26.8.1994 – 19 U 246/93	95, 78		
OLG Köln v. 24.11.1994 – 7 U 204/93, n.rkr.	95, 104	BVerwG v. 21.2.1994 – 1 B 19/93 = RBeistand 94, 99	95, 64
OLG München v. 25.11.1993 – 29 U 1854/93 = RBeistand 94, 93	95, 64		
OLG Nürnberg v. 8.12.1994 – 8 U 1673/94 – rkr.	95, 150		
OLG Oldenburg v. 17.12.1993 – 6 U 165/93 – rkr.	95, 26		
OLG Zweibrücken v. 27.5.1994 – 1 Ss 12/94 = wistra 1994, 311 vgl. in diesem Heft S. 77	95, 64		
LG Aachen v. 11.5.1994 – 10 O 369/93	95, 134	Hess. FG v. 16.3.1994 – 4 V 277/94 – rkr. = EFG 1994, 681	95, 39
LG Bielefeld v. 27.9.1994	95, 82		
LG Hamburg v. 26.5.1993 – 326 O 559/92	95, 15	LAG Düsseldorf v. 23.12.1993 – 12 (11) SA 1657/93 = VersR 1994, 1208	95, 20
LG Weiden v. 7.7.1994 – 1 O 340/94 – n.rkr.	95, 37		
FG Berlin v. 7.6.1993 – VIII 344/91	95, 42		
FG Brandenburg v. 14.12.1994 – 2 K 518/94 StB – rkr.	95, 144	Landessozialgericht v. 27.7.1994 – L1 (3) Ar 2593	95, 42